

JAHRESBERICHT 2012

SP Kanton Bern



Titelbild:

Stabsübergabe des Fraktionspräsidiums von Margreth Schär an Michael Aebersold

Impressum:

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (Hrsg.)

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Postfach 1096, 3000 Bern 23

Tel. 031 370 07 80, Fax 031 370 07 81

E-Mail: sekretariat@spbe.ch

Internet: www.spbe.ch

Titelfoto: Denise O’Gorman Aebersold

Auflage: 350

Bern, April 2013

Inhaltsverzeichnis	Seite
Geschäftsprüfungskommission.....	4
Commission de gestion.....	5
Parteipräsidium.....	6
Partei- und Geschäftsleitung SP Kanton Bern	12
Parteitage	16
Nationalrats- und Ständeratsdeputation	20
Grossratsfraktion	23
Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)	29
SP-Frauen Kanton Bern.....	31
JUSO Kanton Bern	33
Regionalverbände.....	34
Sektionen	36
Fachausschuss Bildung	39
Fachausschuss Gesundheit und Soziales	40
Fachausschuss JGK/POM	43
Parteisekretariat.....	44
Mitgliederzahlen in den Sektionen.....	48
Bilanz und Erfolgsrechnung	53
Kommentar zur Jahresrechnung 2012.....	54
Revisionsbericht	56

Geschäftsprüfungskommission

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Jahr 2012 eine Sitzung durchgeführt. Die übrigen GPK-Geschäfte konnten per Emailverkehr erledigt werden. Zudem fand ein Treffen mit der Parteileitung statt. Eine Kontrolle der Führungsorgane ist wie bis anhin durch Zustellung der entsprechenden Sitzungsprotokolle gewährleistet.

Als Schwerpunkt hat sich die GPK im vergangenen Jahr mit der Organisation des Sekretariates auseinandergesetzt. Anlässlich eines Treffens mit der Sekretariatsleitung durfte festgestellt werden, dass die Abläufe im Sekretariat einwandfrei funktionieren. Im Sinne einer rollenden Planung nimmt die Sekretariatsleitung fortlaufend Optimierungen vor, wo sie diese als sinnvoll und nötig erachtet. Die GPK trifft sich neu einmal jährlich mit der Sekretariatsleitung, um von ihr aus erster Hand konkrete Überprüfungsaufträge zu erhalten. Mit diesem System ist eine effiziente Sekretariatskontrolle in Bezug auf Organisation und Abläufe gewährleistet.

Die Prüfung der Jahresrechnung 2012 erfolgte wiederum durch einen GPK-Ausschuss. Das Prüfungsergebnis ist anschliessend mit den Finanzverantwortlichen besprochen worden. Die GPK durfte erfreut feststellen, dass die Revision in einem transparenten und kooperativen Rahmen durchgeführt werden konnte. Der ausführliche Revisionsbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2012 ist am Ende des Jahresberichtes abgebildet.

Die GPK dankt der Parteileitung, dem Sekretariat und allen übrigen Mitwirkenden für die gute Zusammenarbeit und den grossen Einsatz während des ganzen Jahres 2012.

Bern, 25. März 2013

Für die GPK:


Stefan Neuenschwander

Commission de gestion

La commission de gestion (CdG) s'est réunie une fois en 2012 ; les autres affaires de la CdG ont pu être réglées par échanges d'e-mails. Une rencontre a en outre été organisée avec la direction du parti. Comme par le passé, le contrôle de cet organe de direction est assuré par la mise à disposition des procès-verbaux de réunions.

L'année dernière, la CdG a examiné de manière approfondie l'organisation du secrétariat. Lors d'une réunion avec la direction de celui-ci, il a pu être constaté que les processus y fonctionnent correctement. Au sens de la planification roulante, la direction du secrétariat prévoit régulièrement des améliorations là où elles s'avèrent utiles et judicieuses. La CdG rencontre une nouvelle fois la direction du secrétariat au cours de l'année pour obtenir directement de sa part des mandats de surveillance concrets. Ce système permet de garantir un contrôle efficace du secrétariat en termes d'organisation et de processus.

La vérification des comptes annuels 2012 a été effectuée par un comité de la CdG. Les résultats obtenus ont ensuite été discutés avec les responsables des finances. La CdG se réjouit de constater que la révision des comptes a pu être menée dans un cadre transparent et de bonne collaboration. Le rapport de révision complet sur les comptes annuels 2012 est publié à la fin du rapport annuel.

La CdG remercie la direction du parti, le secrétariat et tous les autres contributeurs pour la bonne collaboration et l'engagement important tout au long de l'année 2012.

Berne, le 25 mars 2013

Pour la CdG :


Stefan Neuenschwander

Parteipräsidium

Blickt man in einigen Jahren auf die Berner Politik 2012 zurück, passt wahrscheinlich das Bild der Ruhe vor dem Sturm. Wenig erschütterte unseren Kanton und Bernerinnen und Berner durften sich darüber freuen, dass eine internationale Beratungsfirma Bern zur Welthauptstadt der Lebensqualität erkor. Und was für die Stadt Bern zutrifft, gilt ebenso für die anderen Berner Regionen: Gute Schulen, eine gute Gesundheitsversorgung, ein ausgezeichnetes Angebot des öffentlichen Verkehrs, hervorragende Strassen, hohe Luftqualität, ein attraktives Kultur- und Freizeitangebot, wenig Gewalt und viel Rechtssicherheit. Von all dem davon profitieren Bernerinnen und Berner auch in Interlaken, Langenthal, Burgdorf, Thun, Biel, Moutier, Köniz und den vielen kleinen Gemeinden im ganzen Kanton.

Vor diesem schönen Hintergrund mit tiefblauem Himmel sind 2012 die ersten dunklen Wolken aufgezogen, welche die hohe Lebensqualität und den sozialen Frieden in Frage stellen. Bereits wurden in einigen Bereichen des Berner Service Public schmerzhaft Kürzungen vorgenommen und die Angestellten des Kantons, deren Löhne schon heute weit hinter jenen in anderen Kantonen zurückliegen, müssen sich auf ein schweres Gewitter gefasst machen.

Der Beginn des Verteilkampfes ums knappe Geld

Seit mehreren Jahren warnt die SP vor grossen Problemen bei der Finanzierung des Service Public und sie hat sich vehement gegen weitere Steuersenkungen gewehrt. Trotz einem intensiven Abstimmungskampf und einem grossen Engagement unserer Sektionen setzten sich am 23. September 2012 kurzfristige Einzelinteressen durch. Die Initiative „Faire Steuern für Familien“ blieb chancenlos und die Motorfahrzeugsteuern wurden massiv gesenkt, mit schlimmen Folgen für den Service Public. Denn die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat interpretierte diese Volksentscheide als Rechtfertigung schmerzhafter Kürzungen in der Bildung, im öffentlichen Verkehr, bei psychisch kranken Menschen, Musikschulen, Quartierzentren und vielem mehr. Die Widersprüchlichkeit bürgerlicher Politik mündete dann im Winter in Proteste gegen Einschränkungen bei der Schneeräumung,

nachdem SVP, FDP, BDP und GLP den Kürzungen beim Strassenunterhalt zugestimmt hatten.

Die ersten schmerzhaften Abbaumassnahmen im 2012 und die daraus folgenden Diskussionen um die Verteilung der knappen Mittel werden im 2013 zu heftigen Auseinandersetzungen führen, insbesondere zwischen Stadt und Land, weil die Menschen in den verschiedenen Regionen zwar in ähnlichem Rahmen von den kantonalen Leistungen profitieren, aber nicht das gleiche Angebot im Vordergrund steht. Ein gutes Beispiel dafür sind Versuche von SVP-Grossräten, den Strassenunterhalt gegen ÖV-Linien oder das Kulturangebot in der Stadt auszuspielen. Ohne die Einsicht, dass der Kanton Bern auf eine starke Solidarität zwischen Stadt und Land angewiesen ist, drohen uns heftige Auseinandersetzungen mit ungewissem Ausgang für Bernerinnen und Berner.

SP-Finanzpolitik für eine sichere Finanzierung des Service public

Im 2012 erhielt BAK Basel den Auftrag die Berner Kantonsfinanzen unter die Lupe zu nehmen und dem Regierungsrat Handlungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Situation aufzuzeigen. In den ersten Zwischenergebnissen bestätigte die Studie die Kritik der SP Kanton Bern: Die wenig überlegten Steuersenkungen der letzten Jahre waren nicht realistisch und haben den Kanton in eine schwierige Situation gebracht. Die Aussensicht zeigte Ende 2012 auf, dass die Ausgaben in unserem Kanton im Durchschnitt der Schweizer Kantone liegen, dass aber die Wirtschaftskraft einen Viertel unter dem Schweizer Durchschnitt liegt. Es ist also nicht so, dass wir zu viel ausgeben, aber die tiefe Wirtschaftskraft unserer ländlichen Regionen führt zu ungenügenden Einnahmen. Die Kosten der allgemeinen Verwaltung, welche regelmässig von bürgerlicher Seite angeprangert werden, sind sogar markant tiefer als der Schweizer Durchschnitt. Berner Angestellte arbeiten also sehr kostengünstig, keine Überraschung in Anbetracht der tiefen Löhne.

Die SP Kanton Bern hat sich im 2012 nicht darauf beschränkt, auf die Ursachen der schwierigen finanziellen Situation zu verweisen. Mit neuen Vorstössen im Grossen Rat unterbreiteten wir konkrete Vorschläge, wie mit

mehr Steuergerechtigkeit unser Kanton sein öffentliches Angebot weiterhin finanzieren kann. Ein besonders wichtiger Aspekt ist dabei, dass aufgrund verschiedener Studien davon auszugehen ist, dass dem Kanton jedes Jahr mehr als eine Milliarde Franken durch Steuerhinterziehung entgehen. Dieser Kampf zu Gunsten der Bernerinnen und Berner, welche ihre Steuern korrekt bezahlen, wird die SP auch in den nächsten Jahren mit Entschiedenheit weiterführen müssen. Ein wichtiges Mittel ist dabei der nationale und internationale Kampf für mehr Transparenz und gegen das Bankgeheimnis.

Wahlen 2012

Für die SP Kanton Bern war 2012 in Bezug auf Wahlen ein ruhiges Jahr, es fanden keine Wahlen auf kantonaler oder nationaler Ebene statt. Mit grossem Interesse verfolgten wir die Wahlen in vielen Gemeinden des Kantons. Die Wahlergebnisse der SP in der Stadt Bern waren dabei der absolute Höhepunkt für unsere Partei. Nicht nur wurden Ursula Wyss und der Berner Stapi Alex Tschäppät bravourös gewählt, auch im Stadtrat machte die SP tüchtig vorwärts.

Weniger erfreulich waren die Wahlen in Biel und in einigen weiteren Gemeinden. Ein Grund dafür war mangelnde interne Geschlossenheit oder sogar Streit zwischen einzelnen Gruppierungen innerhalb der SP-Sektionen. Das führte dazu, dass die SP Kanton Bern mehrmals gebeten wurde eine vermittelnde Rolle zu übernehmen.

Für die SP besonders ärgerlich war, dass andere politische Gruppierungen, welche sehr oft ähnlich wie die SP argumentieren und abstimmen, aus mangelndem politischen Verständnis ein Zusammengehen mit Listenverbindungen verweigerten, auch zu ihrem eigenen Schaden wie in Belp und in Muri bei Bern.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für das Gewinnen von Gemeindewahlen ist es mit möglichst vielen Bisherigen anzutreten. Das zeigen Vergleiche zwischen den Wahlergebnissen von mehreren Gemeinden. Als konkretes Rezept empfehlen wir bei Proporzahlen, dass Gemeinderatsmitglieder, welche sich nicht zur Wiederwahl stellen wollen, ihr Amt mindestens ein halbes Jahr vor Ende der Legislatur einer Nachfolgerin / einem Nachfolger überlassen.

Ein anderer Erfolgsfaktor, insbesondere in eher urbanen Gemeinden, sind Listen mit möglichst vielen Frauen-Kandidaturen. Es zeigt sich, dass Frauen auf SP-Listen im Durchschnitt klar besser gewählt werden, weil offenbar viele Wählende konsequent Frauen auf ihrer Liste kumulieren oder panaschieren.

In kleineren Gemeinden entscheidet sich der Wahlerfolg zu einem grossen Teil mit dem Bekanntheitsgrad der Kandidierenden im Dorf. Man kann fast nicht genügend früh damit beginnen, geeignete Personen für eine Kandidatur zu gewinnen.

Gesundheitsversorgung zwischen privaten und öffentlichen Interessen

Im 2012 gab die Spitalversorgung im Kanton Bern besonders viel zu diskutieren. Vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Situation und den Folgen der Einführung der Fallpauschalen war die Berner Regierung nicht bereit, die Spitalversorgung dem freien Markt zu überlassen. Die Spitalversorgung ist mit ca. 1.2 Milliarden einer der ganz grossen Ausgaben des Kantons. Eine geringe Kostensteigerung hat grosse Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen und entsprechend wichtig ist die Einflussnahme. Spitäler, insbesondere gewinnorientierte Privatspitäler, haben ein grosses betriebswirtschaftliches Interesse an zusätzlichen PatientInnen bzw. Fällen. Trotzdem verweigerten die bürgerlichen Parteien jede Steuerung und riskieren damit nicht nur höhere Kosten für die Steuerzahlenden, sondern auch zusätzliche Risiken für Patientinnen und Patienten durch unnötige Behandlungen. Genauso unverständlich ist die Verweigerung eines Fonds, der zur Finanzierung kaum rentabler Kleinspitäler auf dem Land hätte dienen sollen. Die Frage, ob es sich der Kanton Bern leisten kann, auf jede Steuerung in der Spitalversorgung zu verzichten, wird auch 2013 die Politik beschäftigen und die SP wird sich weiterhin vehement dafür einsetzen, dass sie nicht dem freien Markt überlassen wird.

Kampf um Mühleberg und die Vorreiterrolle des Kantons bei den Erneuerbaren

Die Sorge um die Sicherheit des maroden AKW Mühleberg hat auch 2012 die SP Kanton Bern beschäftigt. Die grossen Zweifel über die Unabhängigkeit der nationalen Sicherheitsbehörde ENSI bestärken den Verdacht, dass betriebswirtschaftlichen Interessen ein grösseres Gewicht als die Sicherheitsinteressen der Berner Bevölkerung zugemessen wird. Die SP Kanton Bern hat sich 2012 vehement dafür eingesetzt, dass aufgrund der Gefahren durch das Fehlen von mehreren unabhängigen Kühlsystemen und wegen der ungenügenden Erdbeben- und Hochwassersicherheit das AKW ausser Betrieb genommen wird, statt noch mehr Geld in die Betriebsverlängerung zu investieren. Sorgen bereitet der SP besonders, dass von den BKW nicht genügend Mittel zum Rückbau und zur Entsorgung des AKW bereitgestellt wurden. Entsprechend hoch sind die finanziellen Risiken für die Berner Steuerzahlenden.

Ebenso wichtig wie der Ausstieg aus der Atomkraft war für die SP Kanton Bern 2012 die Förderung der erneuerbaren Energien. Der Abstimmungskampf für die Initiative „Bern erneuerbar“ hat bereits im 2012 begonnen und am 3. März 2013 wird entschieden, ob der Kanton Bern für einmal vorausgehen kann oder die rückwärts gerichteten Kräfte auch in der Energiepolitik weiterhin das Sagen haben.

Verkehrspolitik

Die Verkehrspolitik war im Kanton Bern geprägt durch die starke Zunahme der Passagierzahlen im öffentlichen Verkehr. Vor dem Hintergrund der Prognosen bis 2030 muss bei Bernerinnen und Berner das Bewusstsein gestärkt werden, dass sich die Verkehrsprobleme der kommenden Jahre mit der bisherigen Politik nicht lösen lassen. Die SP Kanton Bern setzte sich einerseits im Kanton und auf Gemeindeebene mit Überzeugung für die geplanten neuen Tramlinien ein, wehrte sich gegen Kürzungen im ÖV und unterstützte die Idee, Mobility Pricing mindestens versuchsshalber in der Agglomeration Bern einzuführen. Leider zeigte die politische Diskussion, dass dieses Anliegen in der Bevölkerung noch keine Mehrheit findet.

Starke Sektionen – starke SP

Viele Sektionen waren im 2012 besonders durch Gemeindewahlen gefordert. Der Erfolg hing oft von der Arbeit einzelner ab, welche sich mit unzähligen Stunden Freiwilligenarbeit für unsere Ziele einsetzten. In Gemeinden, wo es sehr schwierig ist, Leute für die Arbeit in einem öffentlichen Amt zu gewinnen, braucht es viel Engagement, um die Sektion lebendig zu erhalten. Besonders aktiv waren jene Sektionen, denen eine erfolgreiche Arbeit in den Gemeindebehörden möglich war. Gleichzeitig belastete einige Sektionen das Problem, dass in der Bevölkerung zunehmend die Bereitschaft fehlt, der SP beizutreten und einen Parteimitgliedsbeitrag zu zahlen. Wenn die Kosten fürs Wohnen oder für die Krankenkassen steigen, während die Löhne und Renten stagnieren, fehlt zunehmend die Bereitschaft oder die Möglichkeit etwas für eine gemeinnützige Organisation abzuzweigen. Umso mehr danke ich allen Parteimitgliedern von Herzen, welche unsere politischen Ziele auch im 2012 mit ihrem finanziellen Beitrag unterstützt haben. Wir können zwar froh sein, dass keine Organisation wie Economiesuisse auf unsere Partei mit Kampagnenmitteln oder direkten Beiträgen Einfluss ausübt, aber das bedingt gleichzeitig, dass viele Mitglieder und Sympathisierende mitmachen.

Danke!

Im vergangenen Jahr wurde in den Sektionen und den Regionalverbänden mit sehr grossem Engagement gearbeitet um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen. Wir haben damit dem Auseinanderdriften der Gesellschaft unser starkes „Für alle statt für wenige“ entgegengesetzt. Dafür danken wir allen von Herzen.

Einen besonderen Applaus verdienen unsere Genossinnen und Genossen im Parteisekretariat. Sie kümmerten sich im vergangenen Jahr um den Fortbestand auch ganz kleiner Sektionen. Sie setzten die Vorgaben der Parteileitung für eine starke SP-Präsenz in den Medien und eine Bewirtschaftung der für die SP wichtigen politischen Themen um. Die Grossrats-Fraktion wurde professionell unterstützt, Veranstaltungen organisiert, Stände wie jener an der BEA bewirtschaftet und Sektionsverantwortliche fanden immer ein offenes Ohr für ihre Anliegen.

Ebenfalls ein grosser Dank gebührt allen SP-Mitgliedern, welche im vergangenen Jahr in den zahlreichen kantonalen Gremien mitgearbeitet und viel zum Funktionieren unserer Partei beigetragen haben. Danke!

Roland Näf

Partei- und Geschäftsleitung SP Kanton Bern

1. Parteileitung

2012 traf sich die Parteileitung 19 Mal und behandelte über 130 Geschäfte. Zusätzlich wurden an fünf Strategiesitzungen vertiefte Diskussionen zu folgenden Schwerpunktthemen geführt: Positionspapier „Verhältnis Stadt-Land“; Wahlen 2014; finanzielle Situation des Kantons Bern und daraus resultierend Festlegen der SP-Strategie und der Kommunikation. Vor allem letzteres beanspruchte viel Zeit und Arbeit.

Die weiteren Themen wurden von der kantonalen und eidgenössischen Politagenda diktiert sowie durch die notwendigen parteiinternen Aufgaben. Eine Auswahl: Vorbereitung der Diskussion über die Fachhochschulen in der Geschäftsleitung und Fraktion; Tram Region Bern; Anträge zum Migrationspapier der SP Schweiz; Resultate der Gemeindewahlen 2011 sowie Fazit; Auswertung der Rückmeldung der Regionalverbände; Verabschiedung der Vereinbarungen mit der Stadt sowie Suborganisationen der SP und immer wieder die Wahlen 2014. Im Auftrag der Geschäftsleitung bearbeitete die Parteileitung sechs Vernehmlassungen und eine Konsultation. Die Vorbereitung der Geschäftsleitungssitzungen und der kantonalen Parteitage gehörten zu den wiederkehrenden Traktanden.

Im Rahmen der vielen Diskussionen über die Ausrichtung der SP-Politik, kam die Sprache immer wieder auf unsere SP-Werte und ihre aktuelle parteiinterne und -externe Wahrnehmung. Roland Näf erarbeitete in diesem Zusammenhang eine Präsentation, die in der Parteileitung intensiv besprochen wurde und den Sektionen nun zur Verfügung steht.

Einen hohen Stellenwert hatte die Kommunikation: Der Parteileitung informierte mit über 50 Medienmitteilungen über Entscheide, Haltungen und Stellungnahmen zu politischen Geschäften oder über personelle Veränderungen.

Die Mitglieder der Parteileitung sind unter Punkt 2.2 ersichtlich.

2. Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung traf sich 2012 zu zehn Sitzungen und zu einem Klausurtreffen.

2.1. Arbeitsinhalte 2012

An der Klausursitzung im Januar wurden die Evaluationsergebnisse der eidgenössischen Wahlen 2011 diskutiert, das Positionspapier „SP auf dem Land“ besprochen sowie die ersten Überlegungen für die kantonalen Wahlen 2014 vorgestellt.

An den ordentlichen Sitzungen wurden folgende Themen behandelt: Fachhochschulen Kanton Bern, die Änderungen im Sonderstatut des Berner Juras, Parolenfassung zu „Managed Care“, die neu erarbeitete Legatsstrategie der Kantonalpartei, das erneuerte Finanz- und Personalreglement der SP Kanton Bern. Viel zu diskutieren gab das Positionspapier zur „Finanzpolitik“, das Referendum gegen das Asylgesetz und die kantonale Spitalpolitik.

Am 21. November traf sich die Geschäftsleitung mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga zu einem Gedankenaustausch – eine interessante Zusammenkunft im von Wattenwyl-Haus.

2.2. Zusammensetzungen der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern setzt sich wie folgt zusammen:

*Präsident	Roland Näf, Muri-Gümligen
*Vizepräsidentinnen	Sabina Stör Büschlen, Interlaken, Rücktritt Juni 2012 – vakanter Sitz Ursula Zybach, Spiez
*PräsidentIn der GR-Fraktion	Margreth Schär, Lyss, bis Mai 2012 Michael Aebersold, Bern, ab Juni 2012
**Parteisekretärin	Angelika Neuhaus, Bern
**Parteisekretär	Daniel Furter, Bern
Regierungsmitglieder	Barbara Egger-Jenzer, Bremgarten Philippe Perrenoud, Tramelan Andreas Rickenbacher, Jens
Staatsschreiber	Kurt Nuspliger, Bern
Vertreterin der Berner Deputation in den eidg. Räten	Ursula Wyss, Bern
Vertreterin SP Frauen	Barbara Stalder Ritschard, Muri-Gümligen
Vertreterin JUSO	Nadine Masshardt, Bern
Genderfachperson	Ursula Marti, Bern
Frei gewählte Mitglieder	Kaspar Boss, Interlaken Alain Sermet, Bienne Lurata Reçi, Langenthal, ab Juni 2012

*Parteileitung

**PL- und GL-Mitglieder ohne Stimmrecht

2.3. Stellungnahmen 2012

2.3.1. Vernehmlassungen 2012

- Kantonales Waldgesetz
- Steuergesetzrevision 2014
- Teilrevision der Gemeindeverordnung: Einführung von HRM2

- Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte
- Gesetz über den Grossen Rat und Geschäftsordnung des Grossen Rates
- Einführungsgesetz zum Ausländer- und Asylgesetz
- Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei
- Revision des Gesetzes über das Sonderstatut des Berner Juras und über die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel
- Kantonales Pensionskassengesetz
- Revision des Spitalversorgungsgesetzes
- Kantonaler Richtplan

2.3.2. Konsultationen 2012

- Dekret und Gesetz über die Bereinigung und Aktualisierung der Justizreform

Die Vernehmlassungsantworten sowie Konsultationen können nach ihrer Verabschiedung jeweils auf der Website der SP Kanton Bern www.spbe.ch nachgelesen werden.

3. Weitere Aktivitäten

- Treffen mit SP-Exekutivmitgliedern vom 16.8.2012, Hauptthema: die kantonale Gesundheitspolitik mit Philippe Perrenoud.
- Periodische Treffen mit den Mitgliedern der Berner Deputation
- Treffen mit den Vorständen der Regionalverbände
- Vorständekonferenzen (s. Sektionen)

Angelika Neuhaus, geschäftsführende Parteisekretärin bis Oktober 2012

Parteitage

Im Jahr 2012 hielt die SP Kanton Bern zwei Parteitage ab – einen in Bern und einen in Biel – anlässlich des dortigen Wahljahres.

Am Parteitag vom 1. Februar in Bern blickte die SP Kanton Bern auf die nationalen Wahlen 2011 zurück. Dabei war sicher die Wahl von Hans Stöckli in den Ständerat der grösste Erfolg. In Hinblick auf die Wiederholung der Motorfahrzeugsteuer-Abstimmung sagte die SP einstimmig Nein zum verantwortungslosen Volksvorschlag und empfahl ein Ja zur Grossratsvorlage und in der Stichfrage ein Kreuz bei der Grossratsvorlage.

Hans im Stöckli – SP im Glück

Parteipräsident Roland Näf blickte auf die Wahlen 2011 zurück: Der grösste Erfolg der SP im Kanton Bern war sicher der Gewinn des Ständeratssitzes mit Hans Stöckli im vierten Ständeratswahlgang. Zudem konnte der SP-Wähleranteil nach dem historischen Tief bei den Grossratswahlen 2010 wieder gesteigert werden. Zum Erfolg hat insbesondere das grosse Engagement der Sektionen, der Kandidierenden und der Mitglieder im ganzen Kanton beigetragen. In Zukunft muss es der SP noch besser gelingen, die Breite unserer Partei und Politik sichtbar zu machen. Die Partei muss in den Agglomerationen und auf dem Land gestärkt werden. Hans Stöckli bedankte sich bei allen für die grossartige Zusammenarbeit und grosse Unterstützung, welche er im Wahlkampf von SP und Grünen und der ganzen Bevölkerung erleben durfte. Mit spürbarer Begeisterung schilderte Hans Stöckli seine neue Arbeit im Ständerat. Er gebe vollen Einsatz, damit sich der Wahlerfolg auch in politischen Erfolgen auszahle.

Nein zum verantwortungslosen Volksvorschlag, Stichfrage für Grossratsvorlage

SP-Grossrat Markus Meyer stellte die wohl einmalige Geschichte zur Abstimmung der Motorfahrzeugsteuer dar, inklusive geplante Wiederholung und hängige Beschwerden beim Bundesgericht. Der grösste Unterschied zwischen Volksvorschlag und Grossratsvorlage bei der Motorfahrzeugsteuer

liegt im Ausfall von zusätzlichen 100 Millionen Franken Steuereinnahmen. Dies hätte wiederum massive Sparanstrengungen des Kantons zur Folge: Der Strassenunterhalt wäre gefährdet, der öffentliche Verkehr müsste abgebaut werden und auch in der Bildung und im Sozialen wären verantwortungslose Abbaumassnahmen nötig. Der Parteitag fasste erneut die Parole Ja zur Grossratsvorlage, Nein zum Volksvorschlag und bei der Stichfrage ist das Kreuz bei der Grossratsvorlage zu setzen.

Resolution gegen Abbau bei der Bildung und in sozialen Institutionen

Die SP findet die Streichung von Schulstunden, welche der Grosse Rat im November verabschiedete, unverantwortlich. Dass die Steuergeschenke an die Reichsten im Kanton zum Abbau von Schulstunden für unsere Kinder führten, ist unverantwortlich und entspricht sehr kurzfristigen Denken.

Am Parteitag in Biel/Bienne vom 9. Juni entschied die SP Kanton Bern über ihre Haltung zu Spenden aus der Wirtschaft und Forderungen zur Migrationspolitik. Zum Start des ganztägigen Parteitags stellte Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer die Erfolge der rot-grünen Regierungsmehrheit vor. Anschliessend verabschiedete der Parteitag strenge Bedingungen für Parteispenden und klare Forderungen an die Unternehmen bei der Integration. Für die Abstimmungen am 23. September sagte die SP Ja zu «Faire Steuern - Für Familien» und Nein zum verantwortungslosen Gegenvorschlag. Der Parteitag verabschiedete Vizepräsidentin Sabina Stör Büschlen und wählte Lurata Reçi als neues Geschäftsleitungsmitglied.

Der Bieler SP-Stadtpräsident Erich Fehr und der Präsident der SP-Gesamtpartei begrüsst die 130 Anwesenden. Sie präsentierten die zahlreichen Erfolge der linken Mehrheit für eine bessere Lebensqualität in Biel. Um die Stadt weiter zu entwickeln, wollen SP und Grüne mit einem engagierten Wahlkampf im Herbst die Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat gewinnen.

Erfolgreiche Zwischenbilanz der rot-grünen Regierungsmehrheit

Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer blickte auf die erste Hälfte der Legislatur zurück und zeigte die Erfolge der rot-grünen Regierung. So hat Bern heute eines der modernsten Energiegesetze des Landes, welches als Vorbild für die nationale Energiewende dient. Beim Hochwasserschutz wurden in Rekordzeit wichtige Massnahmen umgesetzt. Wirtschaftlich will die Regierung den Kanton mit der Zukunftstechnologie Cleantech vorwärts bringen. Auch im finanzpolitisch schwierigen Umfeld hat die rot-grüne Regierung verantwortungsvoll zu den Berner Finanzen geschaut und nur sie bleibt die Garantin, dass in Zukunft nicht auf Kosten der ganzen Bevölkerung beim Service Public oder im Sozialen blind gespart wird. In der Bildungspolitik hat die Regierung die Kindertagesstätten und die Schulsozialarbeit ausgebaut und die freiwillige Basisstufe eingeführt. Im Gesundheits- und Sozialbereich wurde die Hausarzt-Medizin gestärkt und eine umfassende Berichterstattung zu Armut im Kanton gestartet. Die rot-grüne Regierung will auch in der zweiten Legislaturhälfte mit ihrem pragmatischen aber klar rot-grünem Kurs den Kanton weiterbringen. Sie will die Chancen und Herausforderungen packen, damit die zukünftigen Generationen in unserem Kanton gute Lebensgrundlagen finden.

Bei den statutarischen Geschäften genehmigte der Parteitag den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, die Jahresrechnung 2011 und den Finanzplan 2013-2015 und erteilte der Geschäftsleitung Décharge.

Strenge Bedingungen an Spenden

Eine intensive Diskussion löste der Umgang der SP mit Spenden aus der Wirtschaft aus. Nach einem Input-Referat der *Transparency International* Geschäftsführerin Delphine Centlivres legten die beiden SP-Nationalräte Corrado Pardini und Eric Nussbaumer unter der Leitung von SP-Grossrat Michael Aebersold ihre unterschiedliche Haltung dar. Für alle war klar, dass auch beim Umgang mit Spenden die Glaubwürdigkeit unserer Partei das oberste Ziel sein muss. Schliesslich verabschiedete die Berner Kantonalpartei eine Stellungnahme zuhanden der SP Schweiz, in welcher sie die aktuellen Spendenangebote der drei Banken UBS, CS und Raiffeisen klar abgelehnt. Die SP soll aber Spenden von Unternehmen unter klaren

Bedingungen annehmen können: Die Firmen dürfen keinerlei Weisungen erteilen, ihr Geschäftsmodell muss der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit entsprechen, es dürfen keine versteckten Zahlungen erfolgen und die SP muss alle Spenden, die einen bestimmten Betrag überschreiten, im Internet und Jahresbericht veröffentlichen. Zudem forderte die SP Kanton Bern, dass die Parteien für ihre zentrale Funktion, welche sie in einer demokratischen Gesellschaft übernehmen, auch vom Staat unterstützt werden. Mehr Transparenz soll mit einer geplanten Volksinitiative erreicht werden, welche die generelle Offenlegung aller Spenden über 10 000 Franken an Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees fordert.

Adieu Sabina, willkommen Lurata

Nach der Mittagspause wurde die Vizepräsidentin Sabina Stör Büschlen verabschiedet. Sie verstand es bestens, die Mitmenschen für die SP zu mobilisieren, die Freude am Politisieren weiterzugeben und brachte mit immer neuen Aktionen die SP zu de Lüt. In Zukunft will sie sich auf ihre Arbeit im kleinen Gemeinderat und in der Schulsozialarbeit Interlaken konzentrieren. Der Parteitag dankte ihr mit grossem Applaus für ihren grossen Einsatz in den letzten zwei Jahren.

Als neues Mitglied wurde die Langenthaler Stadträtin Lurata Reçi in die Geschäftsleitung gewählt, die sich engagiert für die Anliegen des Oberaargaus und der ländlichen Regionen in der Gesamtpartei einsetzen will.

Ja zu fairen Steuern – Nein zum Gegenvorschlag

SP-Grossrätin Béatrice Stucki stellte die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» vor, welche der verantwortungslosen Steuersenkungs-Politik der Bürgerlichen und der unfairen Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer ein Ende bereiten will. Der Parteitag sagte einstimmig Ja zur Initiative und Nein zum Gegenvorschlag, welcher die Finanzsituation des Kantons weiter verschlimmern würde. Die SP wird sich engagiert für die Initiative einsetzen, damit nicht ein weiterer Kahlschlag in den Schulen, im Sozialen und in der Gesundheit droht. Dafür braucht es auch ein Ja zur Grossratsvorlage bei der Motorfahrzeugsteuer und ein Nein zum Volksvorschlag. Diese Parole war bereits am SP-Parteitag im Februar gefasst worden.

Ja zum Fusionsgesetz

Der Kanton Bern hat heute eine rekordhohe Anzahl an Gemeinden, ein Drittel davon mit weniger als 500 EinwohnerInnen. Diese sind zum Teil nicht mehr in der Lage die nötigen Ämter zu besetzen und die neuen Aufgaben wahrzunehmen. Mit der Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes soll dem Kanton im äussersten Fall die Möglichkeit gegeben werden Gemeinden gegen deren Willen zu fusionieren. Der Parteitag verabschiedete die Ja-Parole zu beiden Vorlagen.

Klare SP-Position zu Migration

Am Parteitag wurde das neue Migrationspapier der SP Schweiz vorgestellt. Die SP Kanton Bern unterstützte die darin gemachte Analyse, dass die Probleme in der Migration in erster Linie auf Steuerdumping für internationale Konzerne, auf unzureichende flankierende Massnahmen, zu lange Asylverfahren und fehlende Regelungen für Sans-Papier zurückgehen. Die SP Kanton Bern stellte Antrag an die SP Schweiz, die im umfangreichen Papier vorgesehenen Massnahmen noch prägnanter zu formulieren und zu kommunizieren. Insbesondere will sie, dass die Unternehmen, welche Arbeitskräfte aus dem Ausland in die Schweiz holen, sich an den Kosten der Integration verbindlich beteiligen.

Daniel Furter, Parteisekretär

Nationalrats- und Ständeratsdeputation

Für die im Oktober 2011 neu gewählte Berner Deputation Evi Allemann, Margret Kiener Nellen, Ursula Wyss, Matthias Aebischer, Corrado Pardini und Alexander Tschäppät (Nationalrat) sowie Hans Stöckli (Ständerat) war 2012 das erste volle Jahr der Legislatur 2011-2015. Angesichts der zunehmenden Ungleichheiten weltweit und hierzulande gaben wir Gegensteuer und engagierten uns mit neuem Elan **für alle statt für wenige**. Ende Dezember-Session 2012 wurde Ursula Wyss infolge Wahl in den Gemeinderat der Stadt Bern nach 13 erfolgreichen Jahren als Nationalrätin herzlich verabschiedet.

Auf Antrag der SP wurde die Legislaturplanung 2011-2015 des Bundesrates mit Zielen und Massnahmen zur Verwirklichung der tatsächlichen

Gleichstellung von Frau und Mann ergänzt. Dazu gehören insbesondere Verstärkung der Massnahmen für die Lohngleichheit, Beobachtung der Situation in den Schweizer Unternehmen mit Blick auf die Entwicklung des Frauenanteils in den Verwaltungsräten, Weiterführung der Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung der häuslichen Gewalt sowie Massnahmen für die Erhöhung des Frauenanteils in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik).

Für die **Arbeitnehmenden** ist die Einführung einer Solidarhaftung als flankierende Massnahme zur **Personenfreizügigkeit** als wichtiger Erfolg der SP zu werten. Damit werden Auftraggeber in die Pflicht genommen, wenn auftragnehmende Firmen Lohndumping betreiben. Das ist eine starke Verbesserung des Schutzes der ArbeitnehmerInnen.

Katastrophal ist aus Sicht der SP dagegen die schrankenlose Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops. Damit droht ein Dambruch für den ganzen Detailhandel. Mit diesem Entscheid höhlt die bürgerliche Parlamentsmehrheit zudem das **Arbeitsgesetz** aus. Das hat Folgen für alle Branchen und untergräbt wichtige gesellschaftliche Freiräume. Dagegen hat der schweizerische Gewerkschaftsbund das Referendum ergriffen. Die SPS unterstützt das Referendum der sogenannten Sonntagsallianz von gewerkschaftlichen, kirchlichen und linken Organisationen.

Abgelehnt hat die bürgerliche Mehrheit die **1:12-Initiative der Juso**. Die Causa Vasella hingegen dürfte die Akzeptanz der Initiative im Volk weiter gestärkt haben.

Fortschritte erzielte die SP in der **Wohn- und Bodenpolitik**: Die Zweitwohnungsinitiative wurde vom Volk angenommen. Ein konsequenteres Raumplanungsgesetz inkl. Mehrwertabgabe für neu eingezontes Land wurde verabschiedet.

Erfolge verbuchten wir in der **Gesellschafts- und Familienpolitik**. In der Bundesverfassung sollen Bund und Kantone verpflichtet werden, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Gleichgeschlechtliche Paare

sollen zukünftig Kinder adoptieren dürfen. Der Ständerat war fortschrittlich mit der Volladoption. Diese wurde im Nationalrat gegen die SP auf die sogenannte „Stiefkindadoption“ (Kind der Partnerin oder des Partners) reduziert.

In der **Gesundheitspolitik** scheiterte die krankenkassenlastige «Managed Care»-Vorlage (Integrierte Versorgungs-Netzwerke) an der Urne klar. Unsere Deputation war gespalten. Die SPS-Fraktion war dagegen, die GL der SP Kanton Bern dafür. Die SP-Fraktion bearbeitet die sozialverträglichen Teile weiter.

Im Nationalrat gelang es der SP-Fraktion, die finanzpolitisch völlig unnötige **IV-Revision 6b** zu Lasten der Schwächsten und ihrer Kinder etwas zu entschärfen.

Ein klarer Rückschritt ist aus humanitärer Sicht die weitere Aushöhlung des **Asylrechts** im Rahmen der laufenden Asylgesetzrevision.

Einen Erfolg verbuchen die **KonsumentInnen**: Auf Druck der SP wird ab 2013 bei Kaufverträgen die Garantiefrist von einem Jahr auf zwei Jahre erhöht. Aufpassen: es gibt neue Fallen!

Bedauerlich ist für die SP, dass die bürgerliche Mehrheit am alten Zopf der **Wehrpflicht** festhält und eine Volksinitiative, welche die Abschaffung verlangt, ohne Gegenvorschlag ablehnte.

In der **Finanz- und Steuerpolitik** kamen wir in Sachen „Steuerhinterziehungsgeheimnis“ dem Ziel unserer SPS-Bankeninitiative von 1979 schon sehr nahe. Das Parlament musste den neuen internationalen OECD-Standard für die Amtshilfe bei Steuerdelikten übernehmen. Es steht uns für 2013/14 noch der „Hoselupf“ im Inland mit der Revision des Steuerstrafrechts bevor, damit die Steuerhinterziehung auch im Inland – von Kantonen und Gemeinden – wirklich bekämpft werden kann.

Die SP war erfolgreich mit der Ablehnung an der Urne der unsozialen bürgerlichen „Bauspar“-Initiativen sowie der Initiative „Sicheres Wohnen im Alter“ des Hauseigentümergebietes.

Die SP kämpft weiter für die Korrektur des Abstimmungsbetrugs bei der **Unternehmenssteuerreform II** über die verheimlichten Milliarden Steuerausfälle.

Dem Ständerat gelang im Dezember 2012 die Annahme einer Motion, die vom Bundesrat eine Gesetzgebung verlangt.

Weiter hat der Ständerat in der Wintersession ein klares Bekenntnis zum **öffentlichen Verkehr** abgelegt und die Finanzierung der Bahninfrastruktur von 3.5 auf 6.4 Milliarden Franken aufgestockt. Dafür werden wir im Nationalrat weiterkämpfen müssen!

Margret Kiener Nellen, Nationalrätin

Grossratsfraktion

Personelles

Gleich zu Jahresbeginn nahm Daniel Hügli Einsitz in unsere Fraktion. Er ist Nachfolger von Corrado Pardini, der in den Nationalrat gewechselt hat. Zum Auftakt der Junisession wurden dann Bernhard Antener zum Vize-Grossrats-Präsidenten und Andreas Rickenbacher zum Regierungspräsidenten gewählt. In der Junisession wurde auch das Fraktionspräsidium neu bestellt. Margreth Schär gab die Leitung auf Ende Session nach sechs Jahren ab. Sie wurde in einer Laudatio von Bernhard Antener als kompetent und vielseitig bezeichnet, als unbestrittene Chefin mit dem nötigen Fingerspitzengefühl. Dem ist nichts beizufügen! Neben dem Fraktionspräsidium hat sie in zahlreichen ständigen und nichtständigen Kommissionen mitgewirkt und war Mitglied der Parteileitung der SP Kanton Bern. Ein riesiges Merci auch an dieser Stelle an Margreth für den grossen Einsatz für die SP und die Fraktion. Neu in den Fraktionsvorstand gewählt wurde Émilie Moeschler.

Einen weiteren personellen Wechsel gab es in der Novembersession. Giovanna Battagliero trat die Nachfolge von Flavia Wasserfallen an, welche die kantonale Politik Richtung nationale Ebene verliess und dort nun zusammen mit Leyla Gül das Generalsekretariat der SPS leitet. Zudem traten Roland Näf die Nachfolge von Matthias Burkhalter in der Finanzkommission sowie Peter Siegenthaler für Andreas Blaser in der Oberaufsichtskommission an. Hansjörg Rhyn wurde glanzvoll zum neuen Präsidenten der Oberaufsichtskommission gewählt, welche vorher von Andreas Blaser präsidiert wurde. Schlussendlich gab es auch einen Wechsel im SP Sekretariat. Seit der Novembersession ist Daniel Furter für die Fraktion zuständig. Michael Suter trat die Nachfolge von Leyla Gül als politischer Sekretär bei der Stadtpartei an.

Januarsession

Die Januarsession ist jeweils die Aufräumsession vom letzten Jahr. Es werden fast ausschliesslich Geschäfte behandelt, die von der Novembersession 2011 verschoben wurden.

In der 2. Lesung des Kinder- und Erwachsenenschutzgesetzes war noch ein ganz wichtiger Entscheid offen: Wer bezahlt das Ganze? Die Mehrheit des Grossrats beschloss, dass die gesamten Kosten vom Kanton übernommen werden. Die Gemeinden müssen sich nicht daran beteiligen, obschon auch sie einen grossen Nutzen aus diesem Gesetz ziehen.

Das Gesetz über das Prostitutionsgewerbe ist ein neues Gesetz, das Frauen, die im Sexgewerbe tätig sind, schützen soll, und dem Kanton die Möglichkeit gibt Steuern einzutreiben. Obschon gemäss Bundesgerichtsentscheid nicht möglich weil sittenwidrig, war es der feste Wille der Grossratsmehrheit, dass Sexarbeiterinnen Verträge abschliessen und das Entgelt vom Freier auf dem Rechtsweg einfordern können.

Märzsession

Auch im März diskutierten wir ein neues Gesetz, nämlich das Hundegesetz. Hundehaltung ist seit einigen Jahren ein Thema, das viele Leute bewegt.

Schlecht erzogene Hunde, aggressive Hunderassen, Hundebisse etc. waren Dauerbrenner in den Medien. Das Gesetz versucht allem irgendwie gerecht zu werden und stellt Regeln auf für die Hundehaltung.

Hausärzte, rund um die Uhr an 7 Tage die Woche immer erreichbar, sind ein Auslaufmodell. In einem umfassenden Bericht zeigte der Regierungsrat auf, mit welchen Mitteln der Hausarztberuf attraktiver gemacht werden kann. Ein Lehrstuhl für Hausärzte soll das Interesse wecken, Assistenzarztstellen bei Hausärzten sollen ausgebaut sowie Ärzte- und Medizinzentren gefördert werden. Die Hausarztmedizin der Zukunft wird anders aussehen als heute. Gesundheitszentren stellen die Grundversorgung sicher. HausärztInnen, SpezialärztInnen, PhysiotherapeutInnen, PsychologInnen und andere bieten ihre Dienste unter dem gleichen Dach an. In solchen Zentren sind Teilzeitstellen möglich, was es jungen ÄrztInnen erleichtert, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Die örtliche Nähe verschiedener Disziplinen führt zudem zu unkompliziertem Wissensaustausch und erhöht damit die Qualität der Behandlung.

Die Psychiatrieversorgung im Kanton Bern soll den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst werden. Um diesem Ziel näher zu kommen, muss das ambulante und das teilstationäre Angebote in den Regionen ausgebaut werden. So steht es im Bericht des Regierungsrates zur Auslagerung der Psychiatrieversorgung im Kanton Bern. Die grossen Kliniken in Münsingen und Bellelay können diese neuen Anforderungen nicht erfüllen. Dazu kommt, dass die beiden Kliniken und auch die Universitären Psychiatrischen Dienste (UPD) als Kantonsbetriebe kaum noch führbar sind. Diese unzeitgemässe Organisationsstruktur soll angepasst und die Psychiatrie verselbständigt werden. Zusätzlich verlangte der Grossrat, dass die UPD die Zusammenarbeit mit Münsingen intensiviert. Sehr viel auf einmal und das alles innert nützlicher Frist, eine grosse Herausforderung!

Die Emotionen gingen hoch bei der Entscheidungsfindung, welches der oder die besten Standorte für die Berner Fachhochschule der Zukunft sind. Die bisherigen Standorte Bern, Biel und Burgdorf kämpften mit Argumenten und Herzblut, um die Mehrheit des Grossrats von ihren Standortvorteilen zu überzeugen. Es wurde schlussendlich nur ein Etappenentscheid gefällt. In einem ersten Schritt sollen alle technischen Fachhochschulen zusammen mit

Holz und Architektur in Biel angesiedelt werden. Wie es mit den Standorten Bern und Burgdorf weiter geht, soll in einem Bericht aufgezeigt werden. Für die Stadt Biel fiel noch ein weiterer wichtiger Entscheid, dem heftige Diskussionen vorangingen. Der Kredit für die Sanierung des Gymnasiums Strandboden wurde genehmigt.

Junisession

Die Abstimmung zur Initiative „Bern erneuerbar“ wurde von bürgerlicher Seite extrem lang hinausgezögert. Erst wurde die Initiative zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Verfassungsmässigkeit abzuklären, danach wurde ein Gegenvorschlag verlangt und dieser wurde dann noch einmal zur Überarbeitung zurück in die Kommission spedit. Diesem Gegenvorschlag wurde in 1. Lesung zugestimmt. Die SP unterstützte den Gegenvorschlag, damit das ganze Packet endlich dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden kann.

Das Prostitutionsgesetz wurde in 2. Lesung genehmigt und gleichzeitig mit einer Standesinitiative verabschiedet. Diese verlangt von den Bundesbehörden die Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage zur Aufhebung der Sittenwidrigkeit von Sexarbeit.

Das Kulturförderungsgesetz wurde in 2. Lesung genehmigt. Einzig der Antrag der vereinigten Bürgerlichen, dass fix 20% aus dem Lotteriefondsgeld der Kultur zugute kommen soll, wurde angenommen. In der regierungsrätlichen Vorlage war nicht ein fixer Prozentsatz vorgesehen. Der Regierungsrat sollte diesen periodisch festlegen können. Diese flexible Lösung hätte bedeutet, dass bei Bedarf auch ein grösserer Beitrag gesprochen werden kann.

Die Junisession war meine letzte Session als Fraktionspräsidentin. Turnusgemäss tritt ein Mann meine Nachfolge an. Ich freute mich die Sitzungsglocke Michael Aebersold übergeben zu können. Er konnte sich als Vizepräsident schon auf die Fraktionsleitung vorbereiten, ist engagiert und motiviert. Ein Amt abgeben wird einem leicht gemacht, wenn man weiss, dass die Nachfolge ihre Aufgabe ernst nimmt. Bei Michael Aebersold kann ich mir da sicher sein. Seine beiden Vizes Adrian Wüthrich und die neu in

den Fraktionsvorstand gewählte Emilie Moeschler werden ihn tatkräftig unterstützen.

Septembersession

Nachdem das Gesetz über die bernischen Landeskirchen im Vorfeld aufgrund der Motion „Pfarrerinnen- und Pfarrerlöhne via Kirchensteuer finanzieren“ von Adrian Wüthrich viel zu reden gab, verabschiedete der Grosse Rat dieses dann einstimmig. Schwerpunkt der Session war ohne Zweifel der Gegenvorschlag zur Initiative „Bern erneuerbar“. Nachdem die bürgerliche Mehrheit das Geschäft massiv verzögert hatte, konnte mit viel Taktieren erreicht werden, dass sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag am 3. März 2013 zur Abstimmung kommen.

Viel zu diskutieren, auch fraktionsintern, gaben die Kreditgeschäfte zum Bypass Thun Nord sowie zu den Autobahnzubringern Emmental und Oberaargau. Sämtliche Kredite wurden im Rat genehmigt. Wie lange weiterhin in den Ausbau von Strassen investiert werden soll und kann, muss aber grundsätzlich überdacht werden. Ein Vorgeschmack auf die heissen Diskussionen rund um die Gesundheitspolitik gaben Vorstösse zur Spital- und Gesundheitsversorgung im Ländlichen Raum sowie zur Spitalliste 2012. Einmal mehr zeigte sich die Inkonsequenz insbesondere der SVP, wenn zwar Geld gespart werden soll, aber nicht bei der eigenen Klientel.

Der Grosse Rat befasste sich in dieser Session unter anderem auch noch mit Biberschäden, militärischem Fluglärm und der Verschrottung von Schützenpanzern (die Aufzählung ist nicht abschliessend).

Novembersession

Der Start in die Novembersession erfolgte unspektakulär. Das kantonale Waldgesetz und der Bericht zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der neuen erneuerbaren Energien für den Kanton Bern gaben wenig zu diskutieren. Dies änderte sich bei einer Motion zur Sanierung des Rathauses. Die SP und eine klare Mehrheit im Grossen Rat beurteilen den Zeitpunkt für grosse Investitionen als falsch. Nun wird zu Recht nur das Nötigste gemacht.

Hitzig ging es bei der Jurafrage zu und her. Nachdem sich die Kantone Bern und Jura unter Federführung des Bundes für eine Lösung des Jurakonflikts geeinigt hatten, welche zuerst regionale Abstimmungen und in einem zweiten Schritt Abstimmungen in einzelnen Gemeinden vorsah, verlangte eine Motion der SVP Nein zu individuellen Gemeindeabstimmungen. Die französisch sprachigen Grossrätinnen und Grossräte verlangten bei der Abstimmung „vote séparé“ und lehnten die Motion mit 5 Ja zu 11 Nein ab. Da der Grosse Rat der Motion mit 67 Ja zu 64 Nein bei 2 Enthaltungen zustimmte, ging das Geschäft zurück an den Regierungsrat. Der Fehlentscheid konnte mittlerweile korrigiert werden. In der Januarsession 2013 lehnte eine Mehrheit im Grossen Rat die Motion ab, womit der Weg für eine definitive Lösung der Jurafrage geebnet ist.

Keine Chancen hatten wir beim Aufgaben-/Finanzplan 2014-2016 und beim Voranschlag 2013. Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat hat gegen den Willen der SP schmerzhaft Kürzungen beschlossen. Davon betroffen sind das Staatspersonal, die Musikschulen, der öffentliche Verkehr, ältere Menschen und Kranke sowie Bildung, Kultur und Gemeinschaftszentren. Mit unseren Versuchen, das Schlimmste zu verhindern, hatten wir keine Chance. Die bürgerliche Mehrheit scheute auch nicht davor zurück, mit fragwürdigen Anträgen ins Abstimmungsverfahren einzugreifen; dies einmal mehr zu Lasten der Stadt und Agglomeration Bern. Fortsetzung folgt.

Wir danken an dieser Stelle allen Fraktionsmitgliedern für die geleistete Arbeit. Es ist nicht immer einfach, Politik, Beruf und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Es gelingt der SP-JUSO-PSA-Fraktion jedoch immer wieder, sich für alle statt für wenige einzusetzen. Dies gilt auch für unsere Regierungsmitglieder Barbara Egger, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher. Ein grosses Merci geht auch an das Sekretariat, allen voran an Sonja Walther, Michael Sutter, Daniel Furter und Angelika Neuhaus.

Margreth Schär und Michael Aebersold

Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)

Situation générale

Dépourvue d'enjeu électoral majeur, l'année 2012 est de celles dont on tirera un bilan en demi-teinte. Sur le plan économique, la situation est devenue plus instable, moins lisible. Tandis que l'horlogerie tire fort bien son épingle du jeu, la conjoncture est bien plus difficile dans les secteurs de la mécanique et de la machine-outil, comme en témoignent les licenciements massifs intervenus chez Tornos à Moutier. L'intervention énergique des pouvoirs publics, notamment des services de la Direction de l'économie publique, ont permis à une partie du personnel licencié de retrouver un emploi. Autre haut lieu des luttes ouvrières, « la Boillat » de Reconvilier a été rachetée par un groupe chinois. Si une satisfaction modérée semblait s'exprimer en Orval, seul l'avenir dira ce qu'il adviendra du savoir-faire des travailleurs d'une entreprise qui a traversé bien des turbulences. Quoi qu'il en soit, la pérennité du tissu industriel et de ses emplois demeurera une préoccupation absolument prioritaire des socialistes du Jura bernois.

Le PS Jura bernois s'est par ailleurs vivement engagé en faveur d'une politique fiscale raisonnable, notamment en matière de véhicules à moteur. Il a dû constater à regret que les lobbies de la voiture confirmaient en septembre leur succès étriqué. Les conséquences ne se sont pas fait attendre. Comme dans le reste du canton, les réactions aux mesures d'économie annoncées ou proposées par le Conseil-Exécutif ont d'abord illustré l'incohérence grave des partis bourgeois.

Vers un nouveau vote sur l'appartenance cantonale?

En février, les gouvernements des cantons de Berne et du Jura publiaient une déclaration d'intention prévoyant la tenue d'un vote portant sur l'avenir institutionnel du Jura bernois et de la RCJU. Cet accord, fruit d'un compromis sans doute âprement négocié, est loin d'avoir déclenché des vagues d'enthousiasme dans nos vallées, nos concitoyennes et concitoyens craignant de voir se raviver des conflits d'un autre temps. Pour sa part, au terme de son congrès de Tramelan, le PS Jura bernois, dans un

communiqué de presse, « tout en réaffirmant son attachement à un canton de Berne bilingue et à l'intégrité du Jura bernois, estimait que la procédure envisagée par la Déclaration d'intention des gouvernements n'avait de sens que si elle permettait de parvenir à un règlement rapide, pacifique et définitif d'une question qui ne passionne plus grand monde. Le Jura bernois doit pouvoir consacrer sa créativité et son énergie à relever les défis de l'avenir et n'a que faire des querelles de frontières et de territoires héritées d'un autre temps. Le Parti socialiste est convaincu que c'est bien là ce que nos populations, dans leur écrasante majorité, attendent de leurs élus. »

Après quelques atermoiements au Grand Conseil qui ont surtout permis aux partis dont la « Question jurassienne » constitue l'essentiel du fonds de commerce de se livrer à quelques passes d'arme, il semble que l'on s'achemine vers un vote le 24 novembre 2013. Confiant dans la sagesse de la population du Jura bernois tout entier, le Parti socialiste s'engagera en faveur d'un statut qui soit à même de renforcer tant la région que le canton de Berne tout entier, canton dont le bilinguisme constitue une indéniable richesse.

Elections

On se plaira à relever ici le brillant résultat obtenu par le PS à Malleray, où le député Roberto Bernasconi conserve son siège de maire et où le PS dispose désormais de la majorité absolue au sein de l'Exécutif. Si les résultats sont restés en deçà des espérances des camarades de La Neuveville, on se réjouira par contre de la brillante élection de Cédric Némitz au Conseil municipal de Bienne, au sein duquel la gauche romande disposera donc d'une voix forte.

Au Conseil du Jura bernois

En plus des questions relatives à l'avenir institutionnel de la région, le Conseil du Jura bernois a exercé les compétences décisionnelles et participatives qui lui sont dévolues par la loi. La mise en place de la LEAC, la révision des dispositions relatives au fonds de loterie, l'Action éducative en milieu ouvert, la procédure conduisant à l'élection d'un nouveau délégué interjurassien à la jeunesse, les transports publics régionaux ou la représentation du Jura

bernois sous la coupole fédérale ont notamment figuré au menu des discussions.

La vie du parti

Au cours de l'année écoulée, le PS Jura bernois a défini un nouveau mode de collaboration avec la direction du parti cantonal. Malgré les difficultés liées à la faillite d'un imprimeur et aux exigences tatillonnes de « La Poste », il a continué de publier son journal « DEFIS » à un rythme trimestriel. Il a également renforcé sa politique de communication et jeté les premières bases en vue des élections cantonales et régionales de 2014. Enfin, il organisé début novembre son « université d'automne » consacrée au bilinguisme, en présence notamment de Margreth Schär.

Christophe Gagnebin, membre du bureau du comité directeur du PSJB

SP-Frauen Kanton Bern

In jedem Jahr gibt es positive und negative Ereignisse, das war auch 2012 nicht anders. Nicht immer entwickelt sich aber aus einem Ereignis, das zuerst negativ wirkt, ein rundum positives Resultat. Das haben wir 2012 erlebt, ich werde noch darauf zurückkommen.

Schon früh im Jahr gab es heftige Diskussionen um die SP Frauen Schweiz. Einige junge SP-Mitglieder wollten sie mit folgenden Begründung abschaffen: Die Frauenorganisation sei ein „alter Zopf“, es braucht sie heute nicht mehr. Die Frauen seien in der Partei längst gleichberechtigt. Weil sich die SP-Frauen um das Thema „Gleichstellung“ kümmern, verhindere dies das Engagement der Männer. In der Folge gab es mehrere Treffen mit teilweise recht angriffigen Voten von verschiedenen Seiten. Das Leitungsgremium der SP Frauen Kanton Bern hat sich von Anfang an aktiv an der Diskussion beteiligt. Die SP Frauen Kanton Bern sind die einzige aktive Frauenorganisation einer Kantonalpartei mit einem garantierten Sitz in der Geschäftsleitung. Die Frage, ob es uns noch braucht, stellen wir uns

regelmässig, das steht auch im Jahresbericht 2011. Auch deshalb waren unsere Erfahrungen bei der nationalen Diskussion sehr gefragt.

Die Hauptversammlung der SP Frauen Kanton Bern fand 2012 im Musikkeller der Dampfzentrale statt, einem wunderschönen Ort direkt an der Aare. Anne-Marie Rey erzählte von ihrem Kampf für die Fristenlösung und von den Angriffen, die die Abtreibungsgenerinnen und -gegner immer wieder starten. Wir haben uns so bereits im letzten Jahr auf die Abstimmung über die Initiative „Abtreibung ist Privatsache“ eingestimmt. Wir dürfen nicht einfach von einem „Nein“ als Abstimmungsergebnis ausgehen. Es wird unseren ganzen Einsatz gegen diese unselige Initiative brauchen, damit die Ewiggestrigen erneut klar und deutlich zurückgebunden werden. An der Hauptversammlung haben wir Sandra Egli aus dem Leitungsgremium verabschiedet. Mit Cecile Liliane Schärer-Nguiamba wählten wir eine erfahrene Politfrau ins Führungsgremium der SP Frauen Kanton Bern. Der einzige Wermutstropfen war der eher mässige Besuch der Frauen an dieser stimmigen Veranstaltung.

Die Arbeit im Leitungsgremium war 2012 nicht immer einfach. Es blieben im Laufe des Jahres wenige Frauen übrig, welche die anstehenden Aufgaben übernehmen konnten: Einige Frauen mussten sich aus beruflichen, familiären oder gesundheitlichen Gründen immer wieder für kürzere oder längere Zeiten „ausklinken“. Deshalb war die Unterstützung des „Seki“ sehr wichtig; ich danke hier Sonja Walther und Angelika Neuhaus herzlich für ihre Arbeit.

Nun komme ich auf die Einleitung zurück: Die negative Einschätzung der SP Frauen durch verschiedene Personen innerhalb der SP Schweiz hatte für uns einen sehr positiven Effekt. Die geführte Diskussion hat einige Berner Frauen „aufgerüttelt“, und sie meldeten sich spontan für die Mitarbeit beim Leitungsgremium der SP-Frauen Kanton Bern. Seit Herbst 2012 arbeiten Pia Neuhaus und Christiane Aeschmann im Leitungsgremium mit. Wir können die Aufgaben wieder auf mehr Personen verteilen und auch wieder neue Aufgaben anpacken.

Wie jedes Jahr traf sich das Leitungsgremium fast monatlich zu einer Sitzung und führte eine Klausur durch. Insbesondere haben wir bereits mit der

Vorbereitung der kantonalen Wahlen 2014 begonnen. Unser Ziel ist es bei den nächsten Grossratswahlen in allen Wahlkreisen geschlechterparitätisch zusammengesetzte Wahllisten zu haben, damit auch mehr Frauen gewählt werden. Das ist eine grosse Aufgabe, denn es ist noch immer sehr viel einfacher Männer für eine Kandidatur zu motivieren als Frauen. Wir sind aber zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit den Regionalverbänden und der Kantonalpartei das gesetzte Ziel erreichen werden.

Barbara Stalder Ritschard, Präsidentin SP-Frauen Kanton Bern

JUSO Kanton Bern

2012 stand für die JUSO Kanton Bern ganz im Zeichen der Wahlen. Ungewöhnlich für uns als Kantonalpartei war jedoch, dass dies nicht Wahlen auf kantonaler, sondern auf kommunaler Ebene waren. Das bedeutete hauptsächlich, dass viele Kräfte innerhalb der Sektionen gebunden waren und deshalb etwas weniger in die kantonale Ebene einfließen. Trotz eines originell geführten Wahlkampfes verpasste die JUSO Stadt Bern knapp einen Stadtratssitz. Die geholten Stimmen waren aber zum Glück nicht verloren, sondern konnten dank der Listenverbindung ein Stück zum hervorragenden Abschneiden der SP beitragen. In Biel trat die JUSO zum ersten Mal mit einer eigenen Liste an, konnte aber leider keinen Sitz erringen.

Ein Thema prägte unser Jahr ganz besonders: Die Spekulation mit Nahrungsmitteln, respektive die neue JUSO-Initiative, welche diesen Unsinn stoppen und die Finanzspekulation mit essbaren Produkten verbieten will. Obwohl uns Worte wie Spekulation oder Finanzblasen beinahe tagtäglich in den Medien begegnen, so ist nicht immer allen klar, was hinter den Begriffen steht.

Was genau sind Termingeschäfte? Warum sind Termingeschäfte nicht an sich schlecht, sondern nur die Spekulation damit? Welche Rolle spielen dabei die Grosskonzerne? Diese und noch viele weitere Fragen haben wir uns gestellt und zahlreiche Bildungsveranstaltungen für unsere Mitglieder durchgeführt. Aber eine Initiative wäre keine solche, wenn sie nicht hauptsächlich aus unablässigen Unterschriftensammlungen bestehen würde.

Ein Teil der nötigen Unterschriften ist bereits zusammen, doch wird uns diese Aufgabe auch im nächsten Jahr noch intensiv beschäftigen.

Auch in diesem Jahr gab es, wie in der JUSO üblich, einige Veränderungen in der Vorstandszusammensetzung. Nach vielen Jahren im Vorstand, davon einige Jahre im Präsidium, trat Nadine Masshardt auf die vergangene Jahresversammlung zurück. Wir freuen uns ausserordentlich, dass die JUSO Kanton Bern seit dem 4. März mit Nadine wieder eine Vertretung im Nationalrat hat. Auch nach langen Jahren und viel Einsatz trat Jonas Haldemann (Wohlen) zurück. Glücklicherweise konnten wir fürs 2013 wieder neue Leute für die Vorstandsarbeit gewinnen: Neu sind auch Lukas Reinhard (Wohlen) und Corinne Fankhauser (Stadt Bern.) dabei. Weiter gab es eine vorstandsinterne Änderung. Ab 2013 ist Hannes nicht mehr Co-Präsident, sondern aus zeitlichen Gründen lediglich „normales“ Vorstandsmitglied.

Im nächsten Jahr wird, neben der Initiative und der Vorbereitung des Grossratswahlkampfs, wohl auch unsere eigene Organisation wieder einmal ein Punkt auf unserer Traktandenliste sein. Im Vergleich zu anderen kantonalen Sektionen sind wir in der kantonalen Politik relativ wenig präsent und empfinden dies auch selbst so. Ein wichtiger Grund hierfür ist sicher auch die Weiträumigkeit des Kantons, der eine hohe Vernetzung unter den einzelnen Sektionen erschwert. Es ist wohl nicht nötig zu begründen, warum es im Moment in unserem Kanton wichtig wäre, die jungen linken Kräfte im Kanton zu bündeln und Gegensteuer zu geben.

Hannes Rettenmund, Co-Präsident JUSO Kanton Bern, Huttwil

Regionalverbände

Die Parteileitung führte im Frühling 2012 eine Umfrage bei den Regionalverbänden durch mit dem Ziel, die aktuelle Situation kennen zu lernen und daraus möglichen Handlungsbedarf für die Kantonalpartei abzuleiten. Die Antworten zu den Strukturen und Finanzen der Regionalverbände sowie zur Zusammenarbeit mit der Kantonalpartei zeigten die Heterogenität der Regionalverbände und ihrer Funktionsweise auf.

Die Regionalverbände entsprechen den Wahlkreisen, ihre Hauptaufgabe ist somit definiert: Das Organisieren der Grossratswahlen auf ihrem Gebiet. Das Funktionieren während der Nichtwahljahre beschränkt sich häufig auf einige wenige Sitzungen, eine politische Arbeit auf dem Regionsgebiet findet kaum statt. In einigen Regionalverbänden hat die Betreuung der Sektionen einen hohen Stellenwert, bei anderen findet sie kaum statt. Dies hat nicht nur mit den geographischen Gegebenheiten zu tun sondern auch mit historischen: In einigen Regionalverbänden gab es in den letzten zehn Jahren mehrere Gebietsveränderungen als Folge der Struktur- und Wahlreformen des Kantons. Dabei ging die Identifikation der Sektionen teilweise verloren. Noch heute trauern einige Sektionen den ehemaligen Amtsverbänden nach (aufgelöst 2003/04), denn sie waren übersichtlich und die Identifikation dadurch einfacher. Obwohl dies durchaus nachvollziehbar ist, müssen in der Zukunft die Regionalverbände eine verstärkte Scharnierfunktion übernehmen und die Identifikation ihrer Sektionen/Mitgliedern in den neuen Strukturen fördern.

Erschwerend wirkt sich dabei die Mehrbelastung einiger weniger Personen aus; neben der Mitarbeit im Regionalverband, wirken sie auch in der Sektion und teilweise auch noch auf der kommunalen politischen Ebene mit. Eine Mehrbelastung, die über die Jahre hinweg kaum aufrechterhalten werden kann.

Die Resultate der Umfrage wurden am Treffen vom 19. Juni 2012 den VertreterInnen der Regionalverbände vorgestellt und diskutiert. Weiter stellte die Parteileitung die ersten Überlegungen zu den Grossratswahlen 2014 vor: Die Kantonalpartei ist bereit eine stärkere Verantwortung zu übernehmen und die Wahlen gemeinsam mit VertreterInnen der Regionalverbände zu planen und umzusetzen.

Angelika Neuhaus, geschäftsführende Parteisekretärin bis Oktober 2012

Sektionen

1. Allgemeines

Seit 107 Jahren bilden die Sektionen unsere Basis auf der organisatorischen Ebene. Sie tragen unsere Politik in die Gemeinden und geben unserer Partei ein Gesicht. Es sind mehrere Hundert Frauen und Männer, welche die SP im Kanton Bern unterstützen, die administrative und politische Arbeit vor Ort leisten. Ihnen gebührt ein grosses Dankeschön: Ohne dass sie entlohnt werden oder auf einen Karriereschub hoffen können, sind sie bereit an Aktionen teilzunehmen, Unterschriften zu sammeln, Neumitglieder zu begrüßen oder die notwendigen statutarischen Arbeiten für ihre Sektion zu erledigen.

Leider gibt es aber auch Sektionen, die sich in inneren Kämpfen verzehren, persönliche Animositäten in die Vorstandsarbeit hineintragen, Auseinandersetzungen mit unfairen Mitteln austragen. Es sind zwar nur einige wenige Sektionen, die betroffen sind. Trotzdem, solches schmälert die Motivation der Sektionsmitglieder enorm und erleichtert dem politischen Gegner die Arbeit auf der lokalen Ebene. Dies darf nicht sein, dafür ist unsere politische Arbeit zu wichtig und zu wertvoll. Ich wünsche mir für das Jahr 2013, dass dies nicht mehr vorkommt, dass Differenzen sachlich und fair ausgetragen werden. In der SP gibt es keine Gleichschaltung; verschiedene Meinungen und Haltungen haben Platz und sind willkommen. Wir wollen sie diskutieren und anschliessend demokratisch entscheiden. Das gehört zu unserer politischen Kultur und darauf sind wir stolz.

2. Strukturreform

Die Zusammenschlüsse von Sektionen nehmen weiter zu und ermöglichen dadurch die Verminderung von administrativen Aufgaben zu Gunsten der politischen Arbeit. Diese Strukturreform benötigt viel Zeit, sie lohnt sich aber. Ich will nicht verschweigen, dass die Sektionszusammenschlüsse auch mit der schwindenden Bereitschaft zur Parteimitarbeit zu tun haben - die Freiwilligenarbeit kommt auch bei den Parteien unter Druck. Wir müssen

gemeinsam dieser Entwicklung entgegenwirken, denn ohne aktive Mitglieder in den Sektionen können wir unserem Slogan nicht gerecht werden: Für alle statt für wenige.

3. Veranstaltungen SP Kanton Bern für Sektionen und Mitglieder

Die **Vorständekonferenzen** fanden 2012 wie folgt statt:

- Sektionen der Regionalverbände Emmental und Oberaargau am 16. August in Burgdorf
- Sektionen des Regionalverbandes Bern-Mittelland am 21. August in Bern
- Sektionen der Regionalverbände Oberland und Thun am 27. August in Spiez
- Sektionen des Regionalverbandes Biel.Bienne-Seeland am 30. August in Lyss

Schwerpunktsthemen der Vorständekonferenzen: Informationen zu den kantonalen Wahlen 2014, Rolle der Sektionen und ihr Stellenwert für die SP Kanton Bern, Abstimmungsinformationen sowie Dienstleistungen der Kantonalpartei.

Der **Dankes Anlass** der Kantonalpartei für Vorstandsmitglieder der Sektionen fand am 24.02.2012 im Historischen Museum statt. Wir besuchten die Ausstellung „Mord und Totschlag“ (hatte nichts mit dem anstehenden Wahljahr zu tun) und nutzten die Gelegenheit zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch.

Der **Neumitgliedertreff** fand am 17.08.2012 in Biel im Durchgangszentrum für AsylbewerberInnen („Schlüssel“) statt. Im Rahmen eines Rundganges erfuhren wir viel Interessantes über die Zentrumsorganisation. Beim internationalen Apéro, durch die EinwohnerInnen vorbereitet, konnten wir Kontakte knüpfen, soweit dies sprachlich möglich war. Es war ein eindrücklicher Anlass, nicht nur für Neumitglieder.

Bildungsanlässe

Die Kantonalpartie führte 2012 folgende Weiterbildungsveranstaltungen durch:

- 06.03.2012: Gemeindewahlen – Wie gewinnen wir?
- 27.03.2012: Erfolgreiche Mitgliederwerbung
- 24.04.2012: Ich bin neu im Sektionsvorstand – Was muss ich wissen?
- 15.05.2012: Webtool SP Kanton Bern – Benutzung und Schulung
- 18.06.2012: Ich kandidiere in der Gemeinde - und will gewählt werden
- 28.08.2012: Wir basteln Plakatstände

Gesamthaft nahmen über 40 Mitglieder an den Veranstaltungen teil.

4. Sektion SP 60+

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern begrüsst bereits 2011 die Anstrengungen der SP Schweiz ausdrücklich, eine SP 60+Sektion zu gründen und beschloss, auch auf der kantonalen Ebene die Gründung von regionalen 60+-Sektionen aktiv zu unterstützen.

Seit bereits anderthalb Jahren arbeitet eine Kerngruppe intensiv an der kantonalen Umsetzung. Die Information der Mitglieder und der Gremien erfolgte via links.be, sp.info.be sowie am Parteitag vom 09.06.2012 in Biel. Aus dem Kanton Bern haben sich bereits über 250 Personen bei der SP Schweiz als SP 60+-Mitglieder angemeldet; das sind ca. 3,5% unserer Parteimitglieder. Somit ist es klar, ein Bedürfnis für spezielle 60+-Aktivitäten ist im Kanton vorhanden.

An einer Impulsveranstaltung trafen sich am 28.11.2012 über sechzig motivierte 60+SP-Mitglieder und diskutierten engagiert über die Form sowie Inhalte einer kantonalen 60+-Organisation. In allen Regionen konnten Interessierte gefunden werden, die bereit sind aktiv an den neuen Strukturen mitzuwirken. Die Kerngruppe nahm die Vorschläge auf und wird diese 2013 umsetzen.

Vollständigkeitshalber muss erwähnt werden, dass

- im Oberaargau bereits seit über 10 Jahren eine aktive 60+-Bewegung, der Verein "SP 60+-Oberaargau" existiert und der Verein über 80 Mitglieder hat;

- in der Stadt Thun seit Jahren eine SP-SeniorInnengruppe aktiv ist und jährlich mehrere Veranstaltungen organisiert.

Angelika Neuhaus, geschäftsführende Parteisekretärin bis Oktober 2012

Fachausschuss Bildung

Der Fachausschuss Bildung umfasst rund 50 Mitglieder, von denen pro Sitzung zwischen 10 und 15 Personen teilnehmen. Der Fachausschuss wird von Irene Hänsenberger geleitet. Andreas Blaser arbeitete jahrelang als Co-Leiter mit, sucht aber für sich eine Nachfolge.

Nach wie vor war im Berichtsjahr 2012 das Interesse für Bildungsthemen in der SP des Kantons Bern gross. Sowohl Funktionsträgerinnen und -träger, Mitarbeitende von Bildungsinstitutionen, Mitglieder der Bildungsverwaltung und Bildungsinteressierten arbeiteten im Fachausschuss in unterschiedlicher Zusammensetzung mit.

In den fünf Sitzungen, welche jeweils am Dienstag vor Sessionsbeginn stattfanden, wurden die von Fritz Indermühle, dem Leiter der Fachgruppe Bildung der Fraktion, eingebrachten Sessionsgeschäfte diskutiert. Es fiel auf, dass in den vergangenen Sessionen nur noch wenige politische Vorstösse zu Bildungsthemen behandelt wurden. Zunehmend musste sich der Bildungsausschuss mit finanzrelevanten Geschäften, welche Auswirkungen auf die Bildung haben, beschäftigen.

Nach Bedarf brachten die Bildungsfachleute (Mitarbeitende der Erziehungsdirektion und der Pädagogischen Hochschule) eigene Anliegen und Themen in die Diskussion ein. Diese Inputs konnten von den Grossratsmitgliedern für die Erarbeitung von politischen Vorstössen verwendet werden.

Der Fachausschuss hat sich 2012 das Ziel gesetzt, ein Positionspapier zu verfassen, wie die SP Kanton Bern sich eine gute Volksschule im

21. Jahrhundert vorstellt. Dieses Positionspapier soll als Orientierungshilfe dienen, aber auch ohne äussere Sachzwänge das „Idealbild“ der guten Volksschule aus SP-Sicht darstellen.

Dabei wurde zuerst eine Einschätzung der heutigen Volksschule mit ihren Stärken und Schwächen erarbeitet. Diese diente als Grundlage, um darauf aufbauend das Idealbild zu entwickeln. Die Arbeiten an diesem Positionspapier wurden 2012 noch nicht abgeschlossen. Es liegt aber inzwischen in einer Rohfassung vor, welche vor allem noch redaktionell überarbeitet werden muss.

Inhaltlich soll die gute Volksschule vorab dem Wohl der Schülerinnen und Schüler dienen. Das Positionspapier enthält Aussagen zu Fordern und Fördern, Chancengleichheit, Leistungsorientierung, Zusammenarbeit mit den Eltern, zur Rolle und zum Bild der Lehrpersonen usw.

Ziel ist es, das Positionspapier den Funktionsträgerinnen und -trägern von Schulbehörden, den Grossratsmitgliedern, Partnerinnen und Partnern der SP usw. zur Kenntnis zu bringen.

Irene Hänsenberger, Präsidentin

Fachausschuss Gesundheit und Soziales

Die Verfasserinnen dieses Jahresberichtes übernahmen im November 2011 das Präsidium der Fachgruppe Gesundheit und Soziales. Sie versuchten mit einem neuen Konzept die Attraktivität des Fachausschusses zu erhöhen: In der Jahresplanung wurden aktuelle gesundheits- und sozialpolitische Kerngeschäfte als Schwerpunktthemen aufgenommen. Eine Grossrätin stellte jeweils sich als Themenhüterin zur Verfügung. Die kompetenten Referentinnen und Referenten wurden in der Regel von Pascal Coullery, GEF vermittelt. So erhielten die Fachausschussmitglieder interessante Informationen zu aktuellen Themen - häufig noch vor dem Grossrat und vor der Öffentlichkeit. Die damit verbundene Möglichkeit proaktiv politisch einzugreifen, wurde jedoch nicht genutzt.

Die Fachgruppe setzte sich auseinander mit dem Suchthilfekonzept des Kantons Bern, dem Hausarztbericht, der Palliative Care im Spannungsfeld zwischen Daheim-Heim-Spital, dem Fachmittelschulbericht und seinen Empfehlungen zur Zukunft der Fachmittelschulen, dem neuen Integrationsgesetz, der Revision des Spitalversorgungsgesetzes, dem Konzept frühe Förderung zur Stärkung von Familien mit Kindern im Vorschulalter, der Personalsituation im Sozial- und Gesundheitswesen sowie mit dem Sozialbericht 2012 und den geplanten Massnahmen zur Bekämpfung der Armut.

Im zweiten Teil der Treffen erfolgte ein kurzer Meinungsaustausch über die sozial- und gesundheitspolitischen Geschäfte der anstehenden Grossratssession.

Die Adressliste des Fachausschusses umfasst zurzeit 42 Personen. Zur Präsentation des Fachmittelschulberichtes wurden zusätzlich die Mitglieder des Fachausschusses Bildung eingeladen und die Einladung zum Thema Personalsituation ging an sämtliche Fraktionsmitglieder.

Leider war die Teilnahme nicht so rege wie erhofft. Der Einladung folgten jeweils 8 bis 12 Personen, was sicher auch für die Referentinnen und Referenten, die sich vorbereitet hatten, enttäuschend war. Aufwand und Ertrag stimmen für die Organisation und Durchführung der Fachausschuss-Treffen nicht. Unserer Meinung nach gilt es, eine andere Form zu suchen, wie die fachliche Vernetzung und der Austausch zwischen den Grossratsmitgliedern und den Interessierten gepflegt werden kann.

Auswertung Fachgruppe Gesundheit/Soziales

Datum	Schwerpunkt- thema	ReferentIn	Gross- räte/-innen	Interes- sierte	Total
16.01.2012	Suchthilfekonzert	Sabine Schläppi, GEF	2	7	10
12.03.2012 ¹	Fachmittelschulber- icht Palliativ Care	Dr. Mario Battaglia, ERZ Markus Loosli, GEF	4	7	11
29.05.2012	Integrationsgesetz	Paul Meyer, GEF	3	5	8
27.08.2012	Spitalversorgungs- gesetz Frühe Förderung	Katharina Schönbucher, GEF Gabriela Felder, GEF	2	7	9
12.11.2012 ²	Personalsituation im Sozial- und Gesundheitswesen	Jutta Gubler, Avenir Social, Danny Heilbronn, GEF Bettina Dauwalder, Vpod	5	7	12
14.01.2013	Sozialbericht 2012	Pascal Coullery und Bettina Seebeck, GEF	3	5	8
	Durchschnitt	1-3 ReferentInnen	3.2	6.3 ³	9.7

Andrea Lüthi und Danielle Lemann

¹ Einladung auch an Fachgruppe ERZ

² Einladung an alle Fraktionsmitglieder

³ Wovon (fast von Amtes wegen) i.d.R. Pascal Coullery als Vertreter der GEF und Philippe Perrenoud als zuständiger Regierungsrat anwesend sind.

Fachausschuss JGK/POM

Das Co-Präsidium (Géraldine Kipfer, Adrian Wüthrich [Grossrat] und der Schreibende) hat sich am 27.03.2012 im Rathaus getroffen. An jener Sitzung wurde beschlossen, dass der Fachausschuss im Jahr 2012 grundsätzlich keine Sitzungen in der bisherigen Form durchführen soll, bzw. nur dann eine Sitzung einberufen werden soll, wenn seitens der Grossratsmitglieder Bedarf bestehe. Zudem wurde an jener Sitzung abgemacht, dass ein nächstes Treffen am 21.11.2012 stattfinden soll. An jener Sitzung war geplant gewesen zu prüfen, ob sich das für das Jahr 2012 gewählte Vorgehen grundsätzlich bewährt habe, bzw. welche Änderungen beschlossen werden müssten.

Während des Berichtsjahres hat das Co-Präsidium einzelne Vernehmlassungsunterlagen geprüft und über das diesbezügliche ausschussinterne weitere Vorgehen befunden.

Die Sitzung vom 21.11.2012 konnte kurzfristig nicht stattfinden, weshalb per Mail entschieden wurde, dass der Fachausschuss Justiz und Polizei in der neu gewählten Form grundsätzlich weiter bestehen soll. Im Zusammenhang mit Vernehmlassungen wurde ein institutionalisiertes Vorgehen beschlossen, wonach das Co-Präsidium bei Vernehmlassungen ausnahmslos die Unterlagen prüfen, über das weitere Vorgehen entscheiden und entsprechend informieren soll. Adrian Wüthrich übernahm zudem die Aufgabe, das Co-Präsidium zu informieren, wenn es in der Fraktion brennende Themen gäbe, welche beispielsweise an einer Sondersitzung mit dem Präsidium oder weiteren Fachausschussmitgliedern besprochen werden müssten.

Jürg Bähler, Co-Präsident, Burgdorf

Parteisekretariat

Nach den jeweils sehr intensiven Wahljahren kann im Folgejahr in der Regel im SP-Sekretariat durchgeatmet werden: Liegegebliebenes kann aufgearbeitet und archiviert, Überzeit kompensiert und Energie für weitere Grosstaten getankt werden.

Im Rückblick auf das Jahr 2012 habe ich das Gefühl, dass uns dies nur zum Teil gelungen ist: Zwei Austritte aus dem SP-Sekretariat und wie bereits Tradition, in der Folge eine Überprüfung der Arbeitsbereiche, ergaben ein wahlfreies aber nicht minder intensives Arbeitsjahr.

Danke Maria!

Maria Gilomen, die in den letzten fünf Jahren als Adressen- und Mutationsverantwortliche im SP-Sekretariat gearbeitet hat, verliess uns nach erfolgreichem Studiumsabschluss Richtung Schweizerische Post. Mit grossem Fachwissen und nicht minder grosser Geduld gelang es ihr die Unzulänglichkeiten des elektronischen Adressensystems zu minimieren und die Adressenverantwortlichen der Sektionen zu beraten und zu begleiten. Die SP Kanton Bern dankt Maria für ihren Einsatz und wünscht ihr einen erfolgreichen beruflichen Einstieg bei der Post.

Danke Michael!

Michael Sutter, den wir letztes Jahr als Politischen Sekretär bei der SP Kanton Bern begrüssen durften, wurde ab 1. Oktober 2012 als Parteisekretär der SP Stadt Bern und der SP Region Bern-Mittelland gewählt. Eine folgerichtige Entscheidung, da Michael bereits während dem Mutterschaftsurlaub von Leyla Gül als Parteisekretär der SP Stadt und Region Bern geamtet hat. So konnte aus der Sicht der Stadt und Region die Kontinuität gewahrt werden, nachdem Leyla Gül als Co-Generalsekretärin der SP Schweiz (gemeinsam mit Flavia Wasserfallen) gewählt wurde.

Die SP Kanton Bern dankt Michael für seinen kurzen, aber gleichzeitig intensiven Einsatz für die Kantonalpartei. Wir sind froh, dass uns Michael weiter in der Bürogemeinschaft an der Monbijoustrasse erhalten bleibt und

freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit – diese wird spätestens im Rahmen der kantonalen Wahlen erneut intensiviert.

Change

Die erwähnten Vakanzen im SP-Sekretariat ermöglichten bei der Ausschreibung der neuen Stelle verschiedene Änderungen anzugehen: Angelika Neuhaus gab nach fast 13 Jahren die Leitung des SP-Sekretariates an Daniel Furter ab und amtiert weiter als Parteisekretärin.

Daniel Furter übernahm neben der Leitungsfunktion auch die Aufgabenbereiche eines Politischen Sekretärs inkl. der Begleitung der Grossratsfraktion.

Die neu ausgeschriebene Stelle „Kampagnen und Kommunikation“ konnte im November 2012 durch Oliver Lüthi besetzt werden.

Willkommen Oliver!

Am 1. November 2012 begann Oliver Lüthi seine Arbeit für die SP Kanton Bern. Es war ein happiger Einstieg mit der Betreuung der SP-Zeitung links.be sowie des Informationsblattes SP INFO BE. Die grösste Herausforderung, das Führen der Wahlkampagne für die Grossrats- und Regierungsratswahlen, wartet auf Oliver in den Jahren 2013-14.

Wir heissen Oliver im SP-Sekretariatsteam herzlich willkommen und wünschen ihm eine befriedigende und erfolgreiche Tätigkeit für unsere Partei.

SP an der BEA

Bereits zum zweiten Mal war die SP Kanton Bern an der BEA präsent. Diesmal erhielten wir einen Stand beim Messeingang, so dass die meisten AusstellungsbesucherInnen beim roten SP-Zelt vorbei kamen. Es war eine gute Gelegenheit für uns auf unser Hauptanliegen „Erneuerbare Energien“ hinzuweisen und unzählige Taubenzuckerpäckchen (Gratis Energie für alle statt für wenige) sowie Ballone zu verteilen. Trotz des grossen personellen und materiellen Aufwands bin ich überzeugt, dass wir unserem Anliegen, „SP bi de Lüt“ mit dem BEA-Auftritt näher gekommen sind.

DANKE!

Das Sekretariatsteam dankt allen Mitgliedern, MandatärInnen, Sektionsvorständen für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. In der heutigen immer garstigeren politischen Landschaft ist es wichtig, dass wir zusammenstehen und uns unbeirrt für alle statt für wenige einsetzen.

Sekretariatsteam 2012

Austritte:

- **Maria Gilomen**, September 2007 bis September 2012,
Beschäftigungsgrad 30%-35%
Arbeitsgebiete: Adress- und Mitgliederverwaltung, Mutationen, Administration Bildungsveranstaltungen sowie Publikation SP INFO BE
- **Michael Sutter**, September 2011 bis September 2012,
Beschäftigungsgrad 50%
Arbeitsgebiete: politischer Sekretär, Begleitung der Grossratsfraktion, verantwortlich für die politische Vernetzung auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene, Projekte

Eintritt:

- **Oliver Lüthi**, seit 1. November 2012, Beschäftigungsgrad 75%
Arbeitsgebiete: Kampagnen Wahlen und Abstimmungen, Kommunikation und Publikationen (inkl. links.be und Website)

Weitere Mitarbeitende:

- **Ruth Steudler**, seit Dezember 2006, Beschäftigungsgrad 30%,
Arbeitsgebiete: Buchhaltung Kanton, Region, Stadt und SP Frauen Kanton
- **Sonja Walther**, seit August 2008, Beschäftigungsgrad 75%,
Arbeitsgebiete: Empfang und Auskunft, Betreuung SP-Frauen Kanton Bern (bis Oktober 2012), Betreuung der Frauen-Website, administrative Betreuung der Grossratsfraktion, Ausschuss RichterInnenwahlen,

Organisation der Parteitage, Assistenz Parteisekretärin und Parteisekretär, allgemeine Sekretariatsaufgaben inkl. Versände,
- Ab Oktober 2012: Adress- und Mitgliederverwaltung, Mutationen

- **Daniel Furter**, seit Dezember 2007, Beschäftigungsgrad 80%, seit 1. November 2012 75%.
Arbeitsgebiete:
 - Bis Oktober 2012: Kommunikation und Publikationen (inkl. links.be), Kampagnen Wahlen und Abstimmungen, Finanzen, Mitgliederwerbung, EDV und Internet
 - Ab November 2012: geschäftsführender Parteisekretär, Leitung des Sekretariates, Konzept- und Planungsarbeit, Betreuung der Gremien, politischer Sekretär, Begleitung der Grossratsfraktion, Finanzen, EDV und Infrastruktur

- **Angelika Neuhaus**, seit Januar 2000, Beschäftigungsgrad 85%, seit November 2012 80%
Arbeitsgebiete:
 - Bis Oktober 2012: geschäftsführende Parteisekretärin, Leitung des Sekretariates, Konzept- und Planungsarbeit, Betreuung der Gremien, Mitarbeit bei den SP-Frauen, Vernetzung der verschiedenen AkteurInnen im politischen Umfeld, Mitarbeit bei Wahlen und Abstimmungen, Betreuung Sektionen und Regionalverbände, Bildungsanlässe
 - Ab November 2012: inhaltliche und administrative Mitarbeit bei den SP-Frauen, Vernetzung der verschiedenen AkteurInnen im politischen Umfeld, Betreuung Sektionen und Regionalverbände, Mitarbeit bei Wahlen und Abstimmungen, Bildungsanlässe, Projekt SP 60+

In unserer Bürogemeinschaft an der Monbijoustrasse arbeiteten weiter:

- **Leyla Gül**, Februar 2005 bis September 2012, Beschäftigungsgrad 70% als Parteisekretärin SP Stadt Bern und SP Region Bern-Mittelland

- **Denis Rau**, Mai bis September 2012, Praktikant: Sektionskontakte, Mitgliederwerbung, Umfragen, Organisation des Neumitgliederanlasses

Das Leitungsteam des SP-Sekretariates dankt allen Mitarbeitenden für ihren grossen Einsatz für alle statt für wenige, für ihre Bereitschaft, auch in hektischen Zeiten Ruhe zu bewahren und für ihre Loyalität gegenüber unserer Partei, ihrer Gremien und den MandatärInnen.

Angelika Neuhaus, geschäftsführende Parteisekretärin bis Oktober 2011/2

Mitgliederzahlen in den Sektionen

Regionalverband	Sektion	2011	2012
PSJB	PS Bevilard	13	14
	PS Haut Vallon de St. Imier	50	50
	PS La Neuveville	12	12
	PS Malleray	12	12
	PS Moutier	29	26
	PS Tramelan	72	71
	Einzelmitglieder	2	2
		190	187
RV Biel/Bienne.Seeland	PS Bienne Romand	86	94
	SP Aarberg	38	39
	SP Aegerten	21	22
	SP Arch	6	6
	SP Biel-Madretsch	113	134
	SP Biel-Stadt/Ost	179	177
	SP Brügg	28	29
	SP Büren an der Aare	20	18
	SP Buswil bei Büren	19	18
	SP Diessbach bei Büren	11	12
	SP Dotzigen	20	20
	SP Erlach	14	13
	SP Grossaffoltern	27	
	SP Grossaffoltern- Rapperswil		47
	SP Ins	29	27

	SP Ipsach	34	33
	SP Jens	15	17
	SP Lengnau	19	20
	SP Leuzigen	9	8
	SP Lyss	98	96
	SP Nidau	53	52
	SP Orpund	29	27
	SP Pieterlen	18	13
	SP Port	30	29
	SP Radelfingen	10	11
	SP Rapperswil	21	
	SP Safnern	15	14
	SP Scheuren	9	9
	SP Schüpfen	42	41
	SP Seedorf	21	20
	SP Studen	9	10
	SP Sutz-Lattrigen	17	15
	SP Täuffelen	28	31
	SP Twann-Ligerz-Tüscherz	26	27
	SP Worben	20	18
	Einzelmitglieder	13	8
		1147	1157
RV Oberaargau	SP Aarwangen	34	34
	SP Attiswil	10	10
	SP Eriswil	10	7
	SP Grasswil	9	9
	SP Herzogenbuchsee	90	92
	SP Herzogenbuchsee Frauen	9	9
	SP Huttwil	30	31
	SP Inkwil	6	7
	SP Langenthal	133	136
	SP Lotzwil	14	13
	SP Madiswil	18	18
	SP Melchnau	14	13
	SP Niederbipp	36	29
	SP Oberbipp	7	8
	SP Roggwil	58	59

	SP Rohrbach	2	
	SP Schwarzhäusern	14	14
	SP Thunstetten-Bützberg	35	33
	SP Ursenbach	3	3
	SP Wiedlisbach	5	6
	SP Wynau	21	20
	Einzelmitglieder	3	3
		561	554
RV Emmental	SP Aefligen	9	10
	SP Affoltern	9	
	SP Bätterkinden	51	48
	SP Burgdorf	154	157
	SP Hasle bei Burgdorf	14	
	SP Hindelbank	11	9
	SP Koppigen-Willadingen	42	42
	SP Krauchthal-Hettiswil	26	24
	SP Langnau	114	111
	SP Lauperswil-Rüderswil	16	15
	SP Lützelflüh	6	
	SP Lyssach	26	27
	SP Mittleres Emmental		34
	SP Oberburg	26	27
	SP Rüdtligen-Alchenflüh	14	14
	SP Rüegsau	15	
	SP Signau-Schüpbach	11	12
	SP Sumiswald-Wasen	15	15
	SP Unteres Emmental	40	40
	SP Utzenstorf-Wiler- Zielebach	65	65
	SP Wynigen-Rumendingen	21	18
	Einzelmitglieder	6	6
		691	674
RV Bern-Mittelland	SP Belp	101	100
	SP Bern-Altstadt/Kirchenfeld	186	194
	SP Bern- Bümpliz/Bethlehem	205	210
	SP Bern-Holligen	62	72

SP Bern-Länggasse-Enge	172	179
SP Bern-Nord	255	243
SP Bern-Ost	151	162
SP Bern-Süd	172	186
SP Biglen	12	12
SP Bolligen	88	86
SP Bowil	8	7
SP Bremgarten	56	55
SP Ferenbalm	9	9
SP Gerzensee	11	10
SP Grosshöchstetten	13	11
SP Ittigen	59	60
SP Jegenstorf u. U.	58	57
SP Kaufdorf-Rümligen	22	20
SP Kehrsatz	31	30
SP Kirchdorf	3	
SP Kirchlindach	28	27
SP Köniz	281	282
SP Konolfingen	58	57
SP Laupen	43	43
SP Meikirch	25	25
SP Moosseedorf	50	48
SP Mühleberg	25	23
SP Münchenbuchsee	95	93
SP Münsingen	71	68
SP Muri-Gümligen	79	84
SP Neuenegg	56	53
SP Oberdiessbach	16	15
SP Ostermundigen	99	105
SP Rubigen	35	37
SP Rüeggisberg	5	5
SP Schwarzenburg	74	67
SP Stettlen	24	24
SP Toffen	14	13
SP Urtenen-Schönbühl u. U.	43	47
SP Vechigen	27	25
SP Walkringen	15	15
SP Wichtrach	22	19
SP Wohlen	79	80

	SP Worb	114	102
	SP Zollikofen	69	69
	Einzelmitglieder	27	28
		3148	3157
RV Thun	SP Blumenstein	7	8
	SP Burgistein	11	11
	SP Fahrni	16	13
	SP Gurzelen	3	
	SP Heimberg	44	37
	SP Hilterfingen-Hünibach	31	30
	SP Oberhofen	35	34
	SP Seftigen	20	21
	SP Steffisburg	93	93
	SP Thierachern	17	17
	SP Thun	353	340
	SP Uetendorf	50	46
	SP Uttigen	36	31
	SP Wattenwil	15	15
	Einzelmitglieder	5	5
		736	701
RV Oberland	SP Adelboden	4	8
	SP Beatenberg	3	2
	SP Bönigen	31	29
	SP Brienz	27	27
	SP Frutigen	41	40
	SP Grindelwald	11	9
	SP Interlaken	57	63
	SP Kandersteg	11	10
	SP Lauterbrunnen	9	10
	SP Matten bei Interlaken	29	30
	SP Meiringen-Oberhasli	24	30
	SP Oberwil im Simmental	7	
	SP Reichenbach im Kandertal	15	14
	SP Ringgenberg-Goldswil	12	11
	SP Saanen	8	8
	SP Spiez	125	124

SP Unterseen	64	62
SP Wilderswil	24	21
SP Wimmis	17	15
SP Zweisimmen	11	11
Einzelmitglieder	3	3
	533	527
Einzelmitglieder Stadt	9	7
Einzelmitglieder Kanton	16	16
Total Mitglieder	7032	6980

Bilanz und Erfolgsrechnung

Bilanz per 31. Dezember 2012 (mit Vergleich 2011)

Aktiven	2012		2011	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Flüssige Mittel (Kassa, Post, Bank)	519'391.30		338'101.11	
Forderungen gegenüber Sektionen	45'449.10		41'920.50	
übrige Forderungen	2'346.05		9'340.65	
Delkredere	-2'500.00		-7'500.00	
Transitorische Aktiven	14'555.00		25'974.10	
Warenvorräte	0.00		0.00	
Sachanlagen	1.00		1.00	
Wertschriften	502.00		502.00	
Total Aktiven	579'744.45		408'339.36	
Passiven				
Kreditoren		14'847.25		79'483.40
Darlehen		0.00		0.00
Transitorische Passiven		19'050.00		4'808.55
Fürsorgefonds		76'045.15		76'045.15
Fonds für Parteientwicklung		37'445.40		27'445.40
Wahlfonds		250'000.00		50'000.00
Gewinnvortrag 1.1.		170'556.86		168'638.49
Ergebnis lfd. Jahr		11'799.79		1'918.37
Total Passiven		579'744.45		408'339.36

Erfolgsrechnung vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

(mit Vergleichszahlen 2011)

Einnahmen	2012		2011	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Mitgliederbeiträge	686'061.42		689'032.65	
Solidaritätsbeiträge	240'275.55		194'523.05	
Mandatsabgaben	263'463.70		259'413.45	
Beitrag Grossratsfraktion	130'000.00		130'000.00	
Fundraising SP Schweiz	43'953.50		0.00	
Spenden/Kampagnenertrag	36'121.94		2'605.80	
Beitrag SP Stadt/Region	112'140.15		104'113.05	
Wahlfinanzierung	0.00		537'325.85	
übrige Erträge	40'492.75		34'836.76	
Total Einnahmen	1'552'509.01		1'951'850.61	
Ausgaben				
Beiträge an SP Schweiz		383'240.00		386'155.00
Politik, Kampagnen		396'366.45		126'307.21
Wahlen		0.00		709'550.15
Personalaufwand		537'353.65		550'246.00
Administration		215'247.12		175'505.88
übriger Aufwand		8'502.00		2'168.00
Ergebnis		11'799.79		1'918.37
Total Ausgaben		1'552'509.01		1'951'850.61

Kommentar zur Jahresrechnung 2012

Die Jahresrechnung 2012 schliesst mit einem Gewinn von 11 799 Franken ab. Zudem konnten in diesem Jahr Rückstellungen von 200 000 Franken in dem Wahlfonds getätigt werden und diese betragen nun insgesamt 250 000 Franken.

Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen sanken dieses Jahr nur noch minim, was auf eine sich stabilisierende Mitgliederzahl zurückzuführen ist. Dennoch sind verstärkte Anstrengungen zur Mitgliedergewinnung nötig, um die Basis unserer Finanzierung zu sichern. Sehr erfreulich sind die diesjährigen Einnahmen aus dem Solidaritätsbeitrag, welche mit 240 000 Franken weit über den letzten Jahren und dem Budget liegen. Die

Mandatsabgaben blieben ziemlich stabil mit 263 463 Franken gegenüber 259 413 Franken letztes Jahr.

Die Ausgaben im Bereich Administration liegen insbesondere deshalb deutlich über dem Vorjahreswert, weil die gesamte EDV im Parteisekretariat auf den neusten Stand gebracht wurde und in neue Werbematerialien für die Sektionen und Mitglieder investiert wurde.

Die Jahresrechnung ist vom Revisionsteam Stefan Neuenschwander und Verena Moser geprüft worden und wird zur Genehmigung empfohlen.

Daniel Furter, Parteisekretär

Revisionsbericht

über die Prüfung der Jahresrechnung 2012 der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern

Als statutarisches Rechnungsprüfungsorgan haben wir die Prüfung am 04. März 2013 im Beisein der Buchhalterin durchgeführt.

Unsere Prüfung erfolgte nach Grundsätzen, wonach wesentliche Fehlaussagen der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt und ausgeschlossen werden können.

- Wir haben die Posten und Angaben in der Jahresrechnung mittels Analysen und stichprobenweise Erhebungen geprüft.
- Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes.
- Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet
- Die Saldi der Bilanz-Konti per 31.12.2012 sind nachgewiesen worden.
- Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung 2012, welche einen Überschuss von CHF 11'799.79 ausweist, Gesetz und Statuten.

Aufgrund des Ergebnisses unserer Prüfung empfehlen wir die vorliegende Jahresrechnung 2012 zur Genehmigung unter Verdankung an die Verantwortlichen für die geleistete Arbeit.

Ort und Datum: Bern, 04.03.2013

Im Namen der GPK SP Kanton Bern

Das Revisionsteam

Stefan Neuenschwander

Verena Moser